


Niederschrift der Sitzung des Stadtrates (Haushalt 2022 / 2023) am 09.03.2022

Sitzungsort:	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
Beginn:	17:10 Uhr
Ende:	23:03 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
stellv. Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführer:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Verpflichtung eines Stadtratsmitgliedes	
3.	Änderungen zur Tagesordnung	
4.	Einwohneranfragen	
4.1.	Florales Erfurter Wappen am Hang des Petersberges Fragesteller: Einwohner	0055/22
5.	Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 26.01.2022	
6.	Aktuelle Stunde	
6.1.	Auswirkungen und Anstrengungen der Landeshauptstadt Erfurt als Resultat auf den Krieg in der Ukraine Einr.: Oberbürgermeister	0380/22

7.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
8.	Haushalt 2022/2023	
8.1.	Haushaltssatzung 2022/2023 und Haushaltsplan 2022/2023 Einr.: Oberbürgermeister	2132/21
8.1.1.	Anpassung der Struktur der Unterabschnitte für ausgewählte Ämter ab dem HH-Jahr 2022	2104/21
8.1.2.	1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2132/21 - Haushaltssatzung 2022/2023 und Haushaltsplan 2022/2023	2464/21
8.1.3.	2. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2132/21 - Haushaltssatzung 2022/23 und Haushaltsplan 2022/23	0156/22
8.1.4.	Stellungnahmen der Verwaltung zu Änderungs- und Begleitträgen zur Drucksache 2132/21 - Haushaltssatzung 2022/2023 und Haushaltsplan 2022/2023	0295/22
9.	Entscheidungsvorlagen	
9.1.	Einfacher Bebauungsplan ALT609 Barfüßerstraße/Taschengasse - Abwägungs- und Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0410/21
9.2.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV732 "Wohn- und Geschäftshaus Magdeburger Allee 59"; Abwägungs- und Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	1449/21
9.3.	Bebauungsplan BUE219 "Übern Krautländern, Rudolstädter Straße, Dorfgebiet und öffentliche Einrichtung"; 2. Änderung - Einleitung des Änderungsverfahrens zur Steuerung und Sicherung des Einzelhandels Einr.: Oberbürgermeister	1645/21
9.4.	3. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb Einr.: Oberbürgermeister	2381/21

9.4.1.	Antrag der Fraktionen CDU, SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 2381/21 - 3. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb	0273/22
9.4.2.	Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung WA-Erfurter Sportbetrieb vom 09.02.2022 zum TOP 4.1 -Zuarbeit zur Drucksache 2381/21 - 3. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb	0250/22
9.5.	Änderung Bezeichnung Kindertageseinrichtungen (Kita) durch Kindergarten (ThürKigaG) Einr.: Fraktion CDU	2423/21
9.5.1.	Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2423/21 -Änderung Bezeichnung Kindertageseinrichtungen (Kita) durch Kindergarten (ThürKigaG)	0164/22
9.6.	Deutscher Fürsorgetag 2025 Einr.: Oberbürgermeister	2461/21
9.7.	Berufung des Wahlleiters und stellvertretenden Wahlleiters der Landeshauptstadt Erfurt für die Ortsteilbürgermeisterwahlen 2022 Einr.: Oberbürgermeister	0106/22
9.8.	Bestellung der stellvertretenden Werkleiter des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb Einr.: Oberbürgermeister	0119/22
9.9.	Anschluss schaffen - W-LAN für alle Schulen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0121/22
9.10.	Änderung der mittelfristigen Bedarfsermittlung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege bis 2025 (Drucksache 2516/18) Einr.: Jugendhilfeausschuss	0260/22
9.11.	Neubesetzung der Ausschüsse des Erfurter Stadtrates Einr.: Fraktion AfD	0304/22

- | | | |
|---------|--|----------------|
| 9.11.1. | Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0304/22 - Neubesetzung der Ausschüsse des Erfurter Stadtrates | 0377/22 |
| 9.12. | Neubesetzung als Mitglied des Jugendhilfeausschusses
Einr.: Fraktion AfD | 0305/22 |
| 9.12.1. | Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0305/22 - Neubesetzung als Mitglied des Jugendhilfeausschusses | 0378/22 |
| 9.13. | Neubesetzung als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH
Einr.: Fraktion AfD | 0306/22 |
| 9.13.1. | Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0306/22 - Neubesetzung als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH | 0379/22 |
| 9.14. | Neubesetzungen Aufsichtsratsmitglied und Ausschüsse im Erfurter Stadtrat
Einr.: Fraktion DIE LINKE. | 0308/22 |
| 9.14.1. | Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0308/22 - Neubesetzungen Aufsichtsratsmitglied und Ausschüsse im Erfurter Stadtrat | 0382/22 |
| 10. | Informationen | |

1. **Eröffnung durch den Oberbürgermeister**

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, eröffnete die 27. Sitzung des Erfurter Stadtrates in der Wahlperiode 2019 – 2024, begrüßte alle Stadtratsmitglieder, die Beigeordneten, Ortsteilbürgermeisterinnen und Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter und Gäste und gratulierte allen Frauen nachträglich zum Frauentag.

Anschließend übergab er die Sitzungsleitung an Frau Pelke, stellvertretende Stadtratsvorsitzende.

Frau Pelke erklärte, dass gemäß der Geschäftsordnung die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters erfolgt. Schriftlich lag kein Widerspruch gegen die Aufzeichnung von Redebeiträgen von Stadtratsmitgliedern oder geladenen Dritten vor. Anschließend fragte sie ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Redepult aus erfolgt, widerspricht. Dies war nicht der Fall, weswegen sie mit dem Hinweis fortfuhr, dass die Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen gemäß § 19 (8) der Geschäftsordnung in den Fraktionsgeschäftsstellen und der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer ausliegt.

Es galt während der gesamten Stadtratssitzung das Merkblatt für die Durchführung der Sitzung unter Pandemiebedingungen, welches die Stadtratsmitglieder mit ihrer Einladung erhielten. Dies wies darauf hin, dass die Bestimmungen der Thüringer SARS-CoV-2-Verordnung in der jeweils gültigen Fassung und die auf dem Hinweisblatt, welches auch aushing und auslag, benannten und zu beachtenden Maßnahmen galten. Damit waren die Teilnehmenden der Sitzung verpflichtet, während der gesamten Sitzung eine qualifizierte Gesichtsmaske, auch am Sitzplatz und während des Redebeitrages, zu tragen. Von der Verpflichtung war befreit, wer in geeigneter Weise glaubhaft machen konnte, dass die Verwendung einer Mund-Nasen-Bedeckung wegen einer Behinderung oder aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich oder zumutbar war. Nach jeder Stunde Sitzungszeit sollte eine 10-minütige Lüftungspause durchgeführt werden.

Weiterhin stellte die stellv. Stadtratsvorsitzende fest, dass die Einladung form- und fristgemäß nach § 35 (2) ThürKO erfolgte und zum Zeitpunkt der Eröffnung 44 Stadtratsmitglieder anwesend waren und der Stadtrat nach § 36 (1) ThürKO beschlussfähig war.

Zudem gratulierte sie nachträglich den Mitgliedern des Stadtrates, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

2. Verpflichtung eines Stadtratsmitgliedes

Die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, erklärte, dass nach § 24 (2) Satz 1 ThürKO die Stadtratsmitglieder in der ersten nach ihrer Wahl stattfindenden öffentlichen Sitzung des Stadtrates auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten durch den Oberbürgermeister oder seine Stellvertreterin bzw. Stellvertreter verpflichtet werden. Ein Stadtratsmitglied, das diese Verpflichtung verweigert, verliert nach (§ 24 (2) Satz 2 ThürKO) sein Amt.

Anschließend bat der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, nacheinander die neu zu verpflichtenden Stadtratsmitglieder, Frau Sarah Schwarz und Herr Stefan Ziemer, zum Redepult und bat alle Anwesenden sich von ihren Plätzen zu erheben. Er verlas die Verpflichtungsformel:

"Ich werde meine Pflichten als Stadtratsmitglied gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaats Thüringen sowie die Gesetze wahren."

Er erklärte, dass die Verpflichtung mit oder ohne religiöse Beteuerungsformel wie folgt erfolgen kann:

Ich verpflichte mich oder
Ich verpflichte mich, so wahr mir Gott helfe

Er bat zunächst Frau Sarah Schwarz zu erklären, ob sie sich verpflichtet.

Dies bestätigte sie mit einem "Ich verpflichte mich".

Herr Bausewein bedankte sich und hieß sie als ordentliches Mitglied des Erfurter Stadtrates willkommen.

Anschließend begrüßte Frau Pelke das neue Mitglied und wünschte eine gute Zusammenarbeit.

Herr Bausewein bat nun Herrn Stefan Ziemer zu erklären, ob er sich verpflichtet.

Dies bestätigte er mit einem "Ich verpflichte mich".

Herr Bausewein bedankte sich und hieß ihn als ordentliches Mitglied des Erfurter Stadtrates willkommen.

Abschließend begrüßte Frau Pelke das neue Mitglied und wünschte eine gute Zusammenarbeit.

3. Änderungen zur Tagesordnung

Die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, informierte über folgende Änderungen zur Tagesordnung:

Durch den Einreicher vertagt wurde:

TOP 9.1 – Drucksache 0410/21

Einfacher Bebauungsplan ALT609 Barfüßerstraße/Taschengasse - Abwägungs- und Satzungsbeschluss

Aufgrund einstimmiger Vorberatungsergebnisse bzw. Vereinbarung im Hauptausschuss sollen folgende Drucksachen ohne Redebedarf sofort abgestimmt werden:

TOP 9.2 – Drucksache 1449/21

Vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV732 "Wohn- und Geschäftshaus Magdeburger Allee 59"; Abwägungs- und Satzungsbeschluss

TOP 9.3 – Drucksache 1645/21

Bebauungsplan BUE219 "Übern Krautländern, Rudolstädter Straße, Dorfgebiet und öffentliche Einrichtung"; 2. Änderung - Einleitung des Änderungsverfahrens zur Steuerung und Sicherung des Einzelhandels

TOP 9.6 – Drucksache 2461/21

Deutscher Fürsorgetag 2025

TOP 9.7 – Drucksache 0106/22

Berufung des Wahlleiters und stellvertretenden Wahlleiters der Landeshauptstadt Erfurt für die Ortsteilbürgermeisterwahlen 2022

TOP 9.8 – Drucksache 0119/22

Bestellung der stellvertretenden Werkleiter des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb

TOP 9.10 – Drucksache 0260/22

Änderung der mittelfristigen Bedarfsermittlung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege bis 2025 (Drucksache 2516/18)

TOP 9.11 – Drucksache 0304/22

Neubesetzung der Ausschüsse des Erfurter Stadtrates

TOP 9.13 – Drucksache 0306/22

Neubesetzung als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH

TOP 9.14 – Drucksache 0308/22

Neubesetzungen Aufsichtsratsmitglied und Ausschüsse im Erfurter Stadtrat

Vorgezogen werden die Tagesordnungspunkte

TOP 9.12 – Drucksache 0305/22
Neubesetzung als Mitglied des Jugendhilfeausschuss
Einr.: Fraktion AfD

UND

TOP 9.14 - Neubesetzungen Aufsichtsratsmitglied und Ausschüsse im Erfurter Stadtrat (nur bezogen auf den Antrag, welcher eine Wahl beinhaltet, also Drucksache 0382/22).

Die Wahlen sollten vor einer notwendigen Belüftungspause durchgeführt werden.

Anschließend fragte Frau Pelke, ob weitere Anträge vorliegen.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, bat um eine gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 9.4 und 9.8, in welchem es um den Eigenbetrieb Erfurter Sportbetrieb ging.

Da es kein Widerspruch gab bestätigte Frau Pelke die gemeinsame Behandlung mit getrennter Abstimmung beider Tagesordnungspunkte.

Weitere Anträge und Wortmeldungen zur Änderung der Tagesordnung gab es auf Nachfrage nicht. Somit stelle Frau Pelke fest, dass Einvernehmen bestehe, in die Tagesordnung mit den vorgetragenen Änderungen einzutreten. Widerspruch erhob sich nicht.

4. Einwohneranfragen

4.1. Florales Erfurter Wappen am Hang des Petersberges 0055/22 Fragesteller: Einwohner

Frau Pelke, stellv. Stadtratsvorsitzende, informierte darüber, dass die Einwohneranfrage in der Drucksache 0055/22 – Florales Erfurter Wappen am Hang des Petersberges vorlag und im Vorfeld schriftlich beantwortet wurde. Weiterhin erklärte sie, dass laut Geschäftsordnung zwei Nachfragen durch den Fragesteller gestellt werden können und der Fragesteller der Live-Übertragung zugestimmt hat.

Der Fragesteller erinnerte, dass mit Bekanntgabe der Gestaltungspläne des Petersberghanges sich eine Bürgerinitiative mit über 5.000 Unterschriften gegen die Planung eines Zickzack-Wegs und dem Wegfallen des Floralen Wappens aussprach. Auf seine Anfrage vom 10.01.2022 habe der Oberbürgermeister geantwortet, dass er entschieden hat auf das "in die Jahre gekommene, teppichartige Blumenwappen" zu verzichten. Dies entsprach nicht dem Kompromiss mit der Bürgerinitiative, weshalb er fragte, warum diese nicht bei der Entscheidung einbezogen wurden und wie Menschen hierbei noch an Demokratie glauben sollten.

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, erklärte, dass die Idee für das Blumenwappen ursprünglich von ihm stammte. Bei der Neugestaltung des Petersberges sei der Serpentine n-

weg ein Kompromiss für einen barrierefreien Zugang gewesen. In dessen Folge sei auch der Erfurt-Schriftzug entstanden, welcher nur temporär bestehen sollte, aber auf Bitten vieler Erfurter Bürgerinnen und Bürger nun erhalten werden soll. Die ursprüngliche Fläche des Blumenwappens sei zum einen zu klein und zum anderen der Winkel für eine gute Betrachtung zu niedrig. Aus diesem Grund habe man sich nach internen Diskussionen dazu entschieden den Erfurt-Schriftzug zu erhalten und das Erfurter Blumenwappen an eine andere Stelle wiederherzustellen, an welcher es auch gut sichtbar ist. Ein entsprechender Standort wird derzeit gesucht.

Der Fragesteller schlug als Kompromiss vor, ein Peace-Zeichen dauerhaft auf dem Petersberg zu etablieren, so wie es auf der Kundgebung zum Ukrainekrieg auf dem Domplatz zu sehen war, als Zeichen des Friedenswillens der Landeshauptstadt Erfurt. Dieses Symbol müsse nicht unbedingt mit Blumen gestaltet, sondern könnte mit immergrünen, winterharten Gewächsen gestaltet werden. Abschließend bat er nochmals um Unterstützung für seinen Kompromissvorschlag und wünschte allen Menschen einen dauerhaften Frieden in Deutschland, Europa und der Welt.

Herr Kordon, Fraktion CDU, fragte ob man die Thematik in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr verweisen könnte.

Herr Vogt, Stadtratsreferent, widersprach dem, da dies laut Geschäftsordnung nicht zulässig sei.

Weitere Nachfragen gab es nicht, sodass Frau Pelke sich beim Fragesteller bedankte und den Tagesordnungspunkt schloss.

zur Kenntnis genommen

5. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 26.01.2022

Die Niederschrift wurde wie folgt
genehmigt Ja 44 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

6. Aktuelle Stunde

6.1. Auswirkungen und Anstrengungen der Landeshauptstadt Erfurt als Resultat auf den Krieg in der Ukraine Einr.: Oberbürgermeister 0380/22

Die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, informierte, dass ein Antrag auf eine Aktuelle Stunde des Oberbürgermeisters mit Drucksache 0380/22 – Auswirkungen und Anstrengungen der Landeshauptstadt Erfurt als Resultat auf den Krieg in der Ukraine - vorlag und entsprechend der Geschäftsordnung die Redezeit je Fraktion und Oberbürgermeister 5:37 Minuten und für das fraktionslose Stadtratsmitglied zwei Minuten betrug.

Herr Bausewein, Oberbürgermeister, ging auf den seit fast zwei Wochen andauernden Krieg in Europa ein, wobei Russland in die Ukraine eingefallen sei. Er erinnerte an die 80er Jahre und an die Angst, welche damals präsent war. Mit Sanktionen und Demonstrationen, so erklärte er, wolle man darauf hinwirken, dass der Krieg beendet wird. Er hielt es für notwendig, dass es Konsequenzen für diesen Krieg geben muss. Niemand stünde über dem Völkerrecht, weswegen die Verursacher sich zu verantworten haben. Er mahnte allerdings zur Vorsicht, nicht die russische Bevölkerung, wie z. B. die sehr große russische Gemeinde in Erfurt, verantwortlich zu machen. Die Hilfsbereitschaft der Erfurter hob er hervor, durch welche viele Sach- und Geldspenden für betroffene Ukrainer zustande kamen und bereits 450 ukrainische Flüchtlinge, hauptsächlich Frauen und Kinder, aufgenommen werden konnten. Derzeit habe man viele Flüchtlinge in der Turnhalle der Walter-Gropius-Schule untergebracht und bereite die Turnhallen der Schule in der Bukarester Straße und in Gisperleben für noch ankommende Flüchtlinge vor. Weiterhin stünde man mit Wohnungsgenossenschaften und der KoWo – Kommunale Wohnungsgesellschaft GmbH Erfurt im engen Kontakt und Austausch, um Wohnungen zur Verfügung stellen zu können. Abschließend erklärte er die Wichtigkeit einer politischen Zusammenarbeit, um mit der neuen Situation zurechtzukommen.

Als einzige Wortmeldung wurde Herrn Stassny von der Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN das Wort erteilt. Dieser verlas daraufhin den folgenden Text:

"Kein Krieg in der Ukraine – Frieden in Europa

Der russische Einmarsch in der Ukraine ist völkerrechtswidrig und unentschuldigbar.

Wir verurteilen Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine aufs Schärfste. Unser Mitgefühl gilt allen Menschen, die von diesem Krieg direkt oder indirekt betroffen sind. Auch in diesem Krieg wird es am Ende nur Verlierer geben. Auf beiden Seiten bangen Familien um das Leben von Angehörigen und von Freundinnen und Freunden. Zudem sind auch in diesem Krieg bereits viele zivile Opfer zu beklagen. Daher rufen wir, als Erfurter Stadtrat, den russischen Präsidenten zur sofortigen Beendigung der Kampfhandlungen auf.

Die Solidarität mit der Ukraine und die Bereitschaft zur Hilfe ist auch in Erfurt sehr groß. Um die Solidarität einzelner Akteure zu bündeln, stehen wir, die demokratischen Parteien, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften und anderen Akteuren, gemeinsam zusammen um zu helfen.

Wir zeigen die große Verbundenheit mit der Ukraine und setzen ein unübersehbares Zeichen für Frieden in Europa. Wir bestärken jede Erfurterin und jeden Erfurter in ihrer großen Hilfsbereitschaft für alle Menschen in und aus der Ukraine, egal welchen Pass sie haben. Zudem stellen wir klar, dass russischstämmige Menschen nicht in Generalverantwortung für Putins Aggression zu nehmen sind. Nicht in Erfurt, und auch nicht anderswo. Auch stehen wir an der Seite derjenigen Russinnen und Russen, die sich unter persönlichem Risiko in ihrem Land für Demokratie und Frieden einsetzen und sich gegen ihren Präsidenten stellen. Wir fühlen uns mit den Menschen in der Ukraine verbunden und rufen alle Erfurterinnen und Erfurter, unabhängig von Herkunft, Glauben oder Nationalität, zur Hilfe auf."

Als Vertreter von Erfurt Hilft nutzte er den Aufruf um die Stadtratsmitglieder um finanzielle Unterstützung zu bitten, indem diese das heutige Sitzungsgeld an den Verein Ukrainischer Landsleute in Thüringen e. V. spenden mögen, wie es bereits von mehreren signalisiert wurde.

zur Kenntnis genommen

7. **Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen**

Es lagen keine dringlichen Entscheidungsvorlagen vor.

8. **Haushalt 2022/2023**

Die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, informierte über das grundsätzliche Verfahren zur Durchführung der Beratung und Beschlussfassung des Haushaltes 2022 / 2023, welches in der Sitzung des Hauptausschusses am Vortag festgelegt wurden und wie folgt stattfinden sollte:

- Es wird der Tagesordnungspunkt 8.1, Drucksache 2132/21 - Haushaltssatzung 2022/2023 und Haushaltsplan 2022/2023 - aufgerufen.
- Hierzu erfolgten die Grundsatzreden und die Statements zu den Anträgen der Fraktionen, des fraktionslosen Stadtratsmitgliedes, des Oberbürgermeisters und Ortsteilbürgermeister zum Haushalt. Die Redezeit richtete sich nach der Geschäftsordnung.
- Die Redezeit für alle Änderungs- und Begleitanträgen betrug je Fraktion, Oberbürgermeister insgesamt 10 Minuten und für das fraktionslose Stadtratsmitglied zwei Minuten. Für Ortsteilbürgermeister betrug die Redezeit zwei Minuten pro eigenem Antrag.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, beantragte eine Verlängerung der Redezeit auf 2 Minuten pro Antrag für die Fraktionen. Er begründete dies damit, dass die 10 Minuten nicht ausreichend für seine Fraktion seien, da diese 10 Anträge eingebracht habe.

Da sich kein Stadtratsmitglied für eine Gegenrede meldete, ließ Frau Pelke über den Antrag auf Verlängerung der Redezeit, auf 2 Minuten pro Antrag für jede Fraktion, abstimmen.

8.1. **Haushaltssatzung 2022/ 2023 und Haushaltsplan 2022/ 2132/21 2023 Einr.: Oberbürgermeister**

Frau Pelke, die stellv. Stadtratsvorsitzende, informierte einleitend darüber, dass zum Tagesordnungspunkt 8.1 allen Fraktionen, fraktionslosen Mitgliedern, Beigeordneten und Ortsteilbürgermeistern ein Abstimmungspapier inklusive der Vorberatungsergebnisse vorlag. Daher wurde auf das Verlesen der Vorberatungsergebnisse verzichtet. Die beteiligten Ortsteilräte haben die Drucksache 2132/21 vorberaten. Die Voten der Ortsteilräte lagen allen vor.

Weiterhin lag allen Beteiligten die Drucksache 0295/22 - Stellungnahmen der Verwaltung zu Änderungs- und Begleitanträgen zur Drucksache 2132/21 - vor. Darin waren alle Änderungs- und Begleitanträge aufgeführt.

Ebenfalls lag allen Beteiligten die Drucksache 2104/21 – Anpassung der Struktur der Unterabschnitte für ausgewählte Ämter ab dem HH-Jahr 2022 – vor.

Weiter informierte sie, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 08.03.2022 nach § 4 Abs. 4 GeschO entschied, dass die bis Dienstagmittag vor dem Stadtrat eingereichten Änderungs-/Begleitanträge, die nicht vorberaten wurden, dennoch im Stadtrat behandelt und abgestimmt werden sollen.

Nun eröffnete sie die Grundsatzreden und übergab das Wort.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, erklärte, dass man sich in bewegenden und schweren Zeiten befindet, welche gezeichnet sind durch die Folgen der Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine. Gestiegene Preise bei Energie, Treibstoff und Lebensmitteln seien einige dieser Folgen, für welche fünf Fraktionen des Erfurter Stadtrates Verantwortung für die Landeshauptstadt übernehmen wollen. Mit Hilfe des Doppelhaushaltes möchte man eine Planungssicherheit schaffen und die unerwarteten Mehreinnahmen der Gewerbesteuer und die Schlüsselzuweisung des Landes könne man dafür gut gebrauchen. Die Folgen, die durch die Fraktion CDU durchgesetzten globalen Minderausgabe auf Landesebene bleiben abzuwarten. So könnte es passieren, dass die Landesministerien bei Fördermöglichkeiten, wie z. B. für investive Maßnahmen, kürzertreten werden. Schwerpunkte des Doppelhaushaltes für seine Fraktion sei die Erfüllung des Schulnetzplanes, mit Schwerpunkt auf Schulbau- und -sanierung. Seine Fraktion begrüßte daher die Entscheidung der Stadtverwaltung, mehr als 75 Mio. EUR in Erfurter Schulen aber auch Kitas zu investieren. Auch die rund 8 Mio. EUR Investitionen für den Radwegebau, wie in der Magdeburger Allee, begrüßten sie. Ebenfalls sei der Ansatz der Stadtverwaltung, die soziale Bodenbevorratung durch zusätzliche 500 TEUR auf die bereits geplanten 500 TEUR aufzustocken, zu begrüßen. Gleichwohl werden durch seine Fraktion weitere 100 TEUR zur Verfügung gestellt, sodass pro Haushaltsjahr 1,1 Mio. EUR hierfür im Haushaltsplan stehen werden. Durch die soziale Bodenbevorratung habe man eine weitere Möglichkeit die soziale Wohnungspolitik zu gestalten. Lobend hob er hervor, dass die Ortsteile bzw. die Ortsteilbürgermeister/-innen durch den Doppelhaushalt berücksichtigt wurden. So stünde ihnen unter § 4 und § 16 der Ortsteilverfassung rund 1,2 Mio. EUR an Mitteln pro Jahr zur Verfügung und Bürgerhäuser sollen mit 500 TEUR gefördert werden. Auch an der weiteren Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes werden die Ortsteile profitieren, da hierfür 8 bis 10 Mio. EUR pro Haushaltsjahr veranschlagt würden. Durch das Bündnis aus den Fraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER / FPD / PIRATEN, Mehrwertstadt Erfurt mit seiner Fraktion habe man Partner zur Umsetzung von Projekten gefunden, wie man u. a. im gemeinsamen Änderungsantrag sehen konnte. Er bedankte sich bei den Mitarbeitenden der Geschäftsstellen für die konstruktive Zusammenarbeit. Ein Schwerpunkt des gemeinsamen Antrages sei die Unterstützung kultureller, sozialer und ehrenamtlicher Tätigkeiten, durch z. B. die Erhöhung der Zuschüsse für Sportvereine um mehr als 50 % und eine Erhöhung des Zuschusses für Investitionen des Eigenbetriebs Erfurter Sportsbetrieb, damit dieser im Trainingszentrum Cyriaksgebäude einen Kunstrasenplatz und eine LED-Beleuchtung finanzieren kann. Weiterhin möchte man für die Instandhaltung, Modernisierung und Erweiterung mehrerer Spielplätze pro Haushaltsjahr 150 TEUR eingesetzt wissen. Anschließend stellte er vier Änderungs- bzw. Begleitanträge seiner Fraktion vor, mit welcher man eigene Projekte realisieren wollte:

1. investive Bereitstellung für die Modernisierung des Therapiebeckens in der Körperbehindertenschule Erfurt;
2. Entwicklung eines Modellprojektes "Campus Ost", um Akteure der sozialen Infrastruktur stärker zu vernetzen;
3. Erneuerung der Brücke auf der Schwarzburger Straße, um die Sanierung der Nordhäuser Straße voranzubringen;

4. Ordnung und Sauberkeit erhöhen durch Anschaffung von mehr selbstpressenden Müllabfallbehältern, den "Big Bellys".

Er warb um Unterstützung bei den gemeinsamen und eigenen Begleit- bzw. Änderungsanträgen, sowie beim gesamten Doppelhaushalt um die Entwicklung der Landeshauptstadt nicht zu blockieren. Abschließend bedankte er sich bei den Mitarbeitenden der Stadtkämmerei für deren Zusammenarbeit.

Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, erklärte, dass nach Überzeugung seiner Fraktion der zu beschließende Doppelhaushalt einer der wichtigsten seit der friedlichen Revolution sei. Er begründete dies mit folgenden schwierigen Herausforderungen, vor welchen die Landeshauptstadt Erfurt derzeit steht:

- größte zu erwartende Flüchtlingswelle seit 2015,
- Corona-Pandemie,
- Klimawandel,
- Ukraine-Krieg,
- Sanierungsstau an Schulen, Kindergärten, Straßen, Brücken, Bürger- und Jugendhäusern.

Dem gegenüber stünde das sinkende Vertrauen der Bevölkerung an die Stadtverwaltung und dem Stadtrat, der zu viel Streit und nicht greifbare Ergebnisse brächte.

Als weitere Begründung nannte er den kommenden wirtschaftlichen Abschwung, welchen die Landeshauptstadt neben den genannten Krisen, auch durch eine abkühlende Konjunktur, erleben werde. So seien die Energiepreissteigerungen bereits jetzt spürbar, welche Auswirkungen auf die Landeshauptstadt haben werden. Auch er bedankte sich bei allen Beteiligten für die Erstellung des Doppelhaushaltes und die Erarbeitung der Anträge der Fraktionen.

Aus der Sicht seiner Fraktion wird im Haushaltsentwurf nach wie vor zu wenig investiert, während mehr als ein Viertel der Investitionen aus dem letzten Haushalt nicht realisiert wurden und als neue Investitionen verkauft werden. Er bemängelte, dass noch immer die Sozial- und Personalausgaben weiter steigen, obwohl es nicht einmal ein Personalentwicklungskonzept oder für den Bürger spürbare Veränderungen gibt. Positiv stellte er aber wiederum fest, dass die Sozialausgaben nicht mehr so stark wie in den Vorjahren steigen und es bei der Personalentwicklung den Ansatz einer Konsolidierung gibt. Er hob hervor, dass die CDU-Landtagsfraktion durchsetzte, dass die Kommunen, welche im Haushaltsentwurf der Landesregierung weniger Geld bekommen sollten, 130 Mio. EUR mehr bekommen, was 10,6 Mio. EUR mehr für Erfurt bedeutet. Die Angst über die globale Minderausgabe konnte er daher nicht teilen, da man ohne die 10,6 Mio. EUR keinen finanziellen Spielraum für etwaige Anträge hätte. Seine Fraktion wollte mit dem Geld die großen Baustellen der Landeshauptstadt angehen und nachhaltig investieren. Sie haben Vorschläge gemacht und insgesamt 13 Mio. EUR, auch durch Umverteilung im Haushalt, bewegt. Anschließend ging er auf die Schwerpunkte der Anträge seiner Fraktion ein:

1. Ortsteile: Man wollte 123 TEUR mehr für die dörflichen Ortsteile und Plattenbauten jedes Jahr geben, da die Gemeinschaften und Vereine stark unter Corona gelitten haben und man davon überzeugt sei, dass die Ortsteile selbst entscheiden sollten, was in ihren Orten geschieht.

2. Instandhaltung von Schulen und Kindergärten: 2 Mio. EUR wollte seine Fraktion mehr für kleine Reparaturen und Instandhaltungen zur Verfügung stellen, statt für Neuinvestitionen, welche durch die Stadtverwaltung nicht umgesetzt werden können.
3. Instandhaltung von Straßen und Gehwegen: 2 Mio. EUR wollte man mehr in diesen Posten geben, welcher zu Lasten von Autofahrern und Fußgängern enorm geschöpft wurde, um Gelder für den Ausbau des Radverkehrs zu erhalten, was nach Ansicht seiner Fraktion ein falscher Ansatz sei.
4. Videoüberwachung: 2/3 der Erfurter/-innen befürworteten laut Studien der Fachhochschule eine Videoüberwachung, weswegen man 50 TEUR für ein entsprechendes Konzept einsetzen wollte.
5. Hochwasserschutz: 500 TEUR für Hochwasserschutz am Linderbach habe seine Fraktion vorgesehen.
6. Eishalle: 4 Mio. EUR wollte seine Fraktion zur Einhaltung eines Versprechens für die Sanierung der Eishalle bereitstellen.
7. mehr Unterstützung der Sportvereine
8. Rücknahme der Kürzung bei der Kultur.

All dies wollte seine Fraktion schaffen und dabei, im Gegensatz zu den anderen Fraktionen, weniger Schulden aufnehmen, da durch Schulden zukünftiges Geld für Investitionen bei Schulen und Kindergärten fehlen würde. Dies war das Angebot seiner Fraktion, jedoch, so kritisierte er, werde in diesen Haushalt eine linke Mehrheit des Stadtrates einen anderen Weg gehen. Konsumieren statt investieren, Klientelpolitik statt Gemeinwohl, Wunsch-dir-was statt stabile Finanzen, wobei er mehrere Anträge miteinander verglich und zu dem Ergebnis kam, dass seine Fraktion dies ablehnen wird. Auch die Stellungnahme der Verwaltung, welche er wie folgt zitierte "Die Erhöhung der Planansätze ist nicht realistisch. Dem Antrag kann nicht zugestimmt werden" kam zu dem gleichen Ergebnis, wobei Herr Hose auf die Entscheidung des Oberbürgermeisters gespannt wartete, da dieser sich in diesem Fall gegen seine Fraktion stellen müsse.

Frau Pelke ermahnte Herrn Hose, dass seine Redezeit bereits abgelaufen sei, woraufhin dieser noch eine Aussage Frau Maurers aus der Zeitung einging, wonach seine Fraktion statt in Beton lieber in den Alltag der Menschen Geld investieren sollte. Diese Aussage würde seiner Meinung nach klar die linke Klientelpolitik aufzeigen, wobei nicht in Schulen, Kindergärten oder Feuerwehrgerätehäuser investiert werden soll.

Als Herr Hose seine Rede weiter fortsetzte ermahnte Frau Pelke ihn erneut mit Verweis auf die Geschäftsordnung und die vorab festgelegten Redezeiten.

Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., begründete die Zusammenarbeit mit den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt, damit, dass dies der Wunsch der Erfurter Bevölkerung sei und das Wahlergebnis einer Mitte-Links-Mehrheit in den Haushaltsanträgen widerspiegeln soll. Bei einer Haushaltsstärke von 900 Mio. EUR haben die genannten Fraktionen sich bei Veränderungen des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2022 auf 7 Mio. EUR und für 2023 auf 4 Mio. EUR geeinigt, was unter 1 % des gesamten Haushaltsvolumens liegt. Dementsprechend seien ihre Vorschläge klar finanzierbar, seien untersetzt und spiegeln den politischen Willen der Mehrheit des Erfurter Stadtrates wider. Zur Rede von Herrn Hose stellte sie klar, dass die CDU-Landtagsfraktion zwar 130 Mio. EUR mehr Geld für die Kommunen, aber gleichzeitig 300 Mio. EUR als globale Minderausgaben gefordert habe. Diese Minderausgaben werden

Kommunen durch Kürzungen von Fördermitteln bei u. a. Schulen und Straßen spüren, so dass Erfurt zwar 10 Mio. EUR mehr Haushaltsmittel, aber gleichzeitig 30 Mio. EUR mehr Unsicherheiten bekommt.

Als Schwerpunkte ihrer Fraktion nannte sie Folgende:

- 1,5 Mio. EUR als Planungsbudget für Schulen solle dafür verwendet werden, um etwa fehlendes Personal für Schulplanungen zu besorgen;
- Gelder für Kunst und Kultur, in Form von Fördertöpfen, auch für deren Gebäude, wie z. B. den Zughafen;
- Geld für die Spielplätze in Ortsteilen;
- Geld für eine Übergangslösung bezüglich des Feuerwehrgerätehauses in Azmannsdorf;
- Prüfauftrag, ob Menschen, welche auf finanzielle Hilfen angewiesen sind, mehr Förderung für Heizkosten zusteht;
- Mittel für Musikschulen, welche im städtischen Haushaltsentwurf mit weniger Fördermitteln auf Grund steigender Gebühren geplant wurden, obwohl die Steigerung der Qualitätssicherung dienen sollten;
- Erhöhung des Zuschusses des Sozialtickets von 20 auf 30 EUR, sowie endgeldfreies Fahren im öffentlichen Personennahverkehr für Schülerinnen und Schülern ab 18 Jahren.

Abschließend ging Frau Maurer auf ein Problem ein, welches durch den Haushalt nicht behoben werden konnte: dem Personalmangel der Stadtverwaltung und der damit einhergehenden rund 500 unbesetzter Stellen, zum Leitwesen der Mitarbeitenden, für deren Engagement sie sich bedankte.

Frau Pelke ordnete an dieser Stelle eine Unterbrechung der Grundsatzdebatte, zur Durchführung einer 10-minütigen Lüftungspause, an.

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, bekräftigte die Unterstützung des gemeinsamen Antrages der fünf Stadtratsfraktionen, bei welchem die Fraktion CDU, laut seiner Erinnerung, ebenfalls eingeladen wurde und man sich eine Zusammenarbeit gewünscht hätte. Da dies aber nicht der Fall sei, müsse seine Fraktion die Anträge der Fraktion CDU ablehnen, da es sonst zu einer Doppelfinanzierung kommen und die Deckung einzelner Anträge nicht mehr gewährleistet sei. Der Doppelhaushalt sei der Erste seit Jahren, in dem er als Stadtratsmitglied das Gefühl hat, etwas bewirken zu können und einen funktionierenden Schulnetzplan auf die Reihe zu bekommen. Er erläuterte den Antrag seiner Fraktion in Bezug auf das "Cool-Projekt". Dieses Projekt sei gerade in Folge von Corona sehr wichtig geworden, da die Anzahl der Kinder, welche Probleme haben, wieder in einen normalen Schulbetrieb zu wechseln und dadurch in soziale Missstände geraten, rapide gestiegen ist. Abschließend bedankte er sich für die konstruktive Zusammenarbeit bei den Mitarbeitenden der Verwaltung und der Fraktionsgeschäftsstellen.

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, war dankbar für die konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen bei der Erarbeitung des gemeinsamen Änderungsantrages. Umso enttäuschter war sie über die ihrer Ansicht nach spaltende Rede von Herrn Hose, wobei sie daran erinnerte, dass ihre Fraktion im vergangenen Haushalt in der gleichen Situation gewesen sein, wie nun die Fraktion CDU. Damals

habe sie gelernt, dass man die Situation akzeptieren und für zukünftige Anträge enger mit den anderen Fraktionen zusammen arbeiten muss. Die Behauptung, dass im Landtag wegen der CDU mehr Geld bereitgestellt wurde, sei nur teilweise wahr, da dies gemeinsam mit den Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN geschah. Das die Stellungnahmen der Stadtverwaltung zu den Änderungsanträgen, genauso wie auch bei denen der Fraktion CDU, negativ ausfielen sei nicht verwunderlich, da diese das Geld anderweitig verplanen wollte. Zu den Schwerpunkten der Anträge ihrer Fraktion führte sie folgende Punkte an:

- Klimaschutz, wozu sie die Mobilität durch den Radverkehr und dem Sozialticket zählte,
- Mindestansatz für die Kultur,
- Eigenanteil für das Queeres Zentrum in Erfurt,
- Bildung und Digitalisierung (Modernisierung der Schulen).

Zu der Kritik über steigende Personalkosten konterte sie, dass diese durch Tarifverhandlungen entstünden und damit steigende Preise, welche die Mitarbeitenden ausgesetzt sind, aufgefangen werden sollen. Das wenige Personal muss entsprechend seiner Dienste auch gut entlohnt werden, während man für neues Personal dringend Räumlichkeiten benötigt. Zu dem Vorwurf, man hätte die Ortsteile vergessen, erwiderte sie, dass man diese bei den Spielplätzen unterstützen möchte. Viele Anträge der Ortsteile würden in das Planungsverfahren eingreifen, für welche man sich auf Reihenfolgen bzw. Priorisierungen festgelegt hatte, weswegen diese nicht unterstützt werden konnten. Abschließend bedankte sie sich für die Möglichkeit der Beschlussfassung über einen Doppelhaushalt und hoffte versöhnlich, dass alle demokratischen Fraktionen hierbei zusammenstünden.

Herr Perdelwitz, Vorsitzender der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, zeigte sich irritiert über die Aussage Herrn Hoses, dass der gemeinsame Änderungsantrag der fünf Fraktionen ein Ergebnis linker Politik sei, handle es sich doch dabei um eine größere politische Vielfalt. Er verglich die gemachte Politik mit dem von der CDU angeregtem „Erfurter Modell“, jedoch ohne die CDU. Zu den Begleitträgen seiner Fraktion zählte er folgende Schwerpunkte:

- ÖPNV, Erweiterung der Bahnen der EVAG,
- Unterstützung der Ortsteile,
- hybride Konferenzen.

Herr Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD, war ebenfalls erstaunt was aus dem „Erfurter Modell“ der Fraktion CDU wurde. Dies werde durch die Fraktion DIE LINKE. als "Bündnis links der Mitte" neu definiert wurde, zu welcher die Fraktion CDU nicht mehr zu zählen scheint. Viele Haushaltsansätze der anderen Fraktionen seien richtig. So werde seine Fraktion zusätzliche Investitionen in Schulen und Kindergärten sowie der Besetzung von Planstellen nichts entgegenzusetzen. Das Parken von Geld auf „Phantomplanstellen“, welche niemals besetzt werden, da es bereits an Räumlichkeiten fehlt, kritisierte er. Die 8 Mio. EUR für den Ausbau der Radwege hat seiner Meinung nach mit Blick auf fehlende Kindergartenplätze und kaputten Straßen eine falsche Wichtung, zu Lasten der Bevölkerung, die auf das Auto angewiesen sind. Ebenfalls beklagte er, dass die anderen Fraktionen keine wirtschaftliche Entlastung für Erfurter Unternehmen in diesen schweren Zeiten anbieten, während seine Fraktion die Gewerbesteuer absenken würde. Als soziale Entlastung hat seine Fraktion einen Antrag gestellt, die Grundsteuer B abzusenken, was Mietern zu Gute kommen soll. Die Landschaftspflegemaßnahmen und Klientelpolitik der fünf gemeinsam agierenden Fraktionen, welche dem durchschnittlichen Bürger nicht hilft, lehnt seine Fraktion ab. In Bezug auf die kommende Flüchtlingswelle aus der Ukraine warnte er vor den

Folgen der bereits bestehenden Wohnungsknappheit und des Sanierungsstau auf die Erfurter Bevölkerung, welche ein geringes Einkommen hat. Abschließend gab er bekannt, dass seine Fraktion ihre Abstimmung einzelner Anträge davon abhängig macht, wie mit den Anträgen seiner Fraktion umgegangen wird. Anträge zum Wohle der Erfurter Bevölkerung, wie den der kleinen Eishalle, wolle man unterstützen, Klientel- und Landschaftspflegeanträge wiederum werde seine Fraktion ablehnen.

Herr Bausewein, Oberbürgermeister, bedankte sich bei der Verwaltung für die Ausarbeitung des Doppelhaushaltes, welcher eine Planungssicherheit, vor allem für freiwillige Leistungen, schafft. In Bezug auf die negativen Stellungnahmen auf die Änderungsanträge der Fraktionen erklärte er, dass die Verwaltung mit dem eingereichten Haushaltsentwurf Vorschläge gemacht habe. Die Finanzierungen neuer Anträge können in Teilen dann nicht berücksichtigt werden, da hierfür die Gelder bzw. das Personal fehlen. Da er, als Oberbürgermeister, nicht das alleinige Stimmrecht über den Haushalt hat, haben die Fraktionen die Chance ihre Anträge einzubringen, sodass ein Kompromiss beim Haushalt geschaffen wird. Der eindeutige Schwerpunkt dieses Doppelhaushaltes, mit fast 80 Mio. EUR, seien Investitionen im Bereich der Schulen, wobei er große Einigkeit im Stadtrat sah. Als weiteren, allerdings internen Schwerpunkt nannte er die Personalgewinnung, welche trotz steigender Lohnentwicklung durch Tarifverhandlungen, vorangetrieben werden muss, da es an Bewerbern mangelt. Abschließend hoffte er, dass der Haushalt zustande kommt und er einen Teil der geplanten Stellen schnellstmöglich besetzen kann, um die Umsetzung von Beschlüssen, insbesondere den des aktuellen Haushalts, zu ermöglichen.

Da alle Grundsatzreden beendet waren, erinnerte Frau Pelke an den vorab eingereichten Antrag der Fraktion CDU, die Sitzung nach den Grundsatzreden für 20 Minuten zu unterbrechen.

Herr Hose begründete den Antrag damit, dass man nach den Fraktionssitzungen am Montag vorm Stadtrat viele neue Änderungsanträge bekommen hat, über welche man sich beraten muss. Er schlug daher die 20-minütige Unterbrechung vor, welche man gleichzeitig zur Lüftung nutzen sollte.

Da es keine Gegenrede zu dem Antrag auf Unterbrechung gab, ließ Frau Pelke darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja Stimmen:	33
Nein Stimmen:	6
Enthaltungen:	10

Der Antrag wurde bestätigt, es folgte daher eine 20-minütige Unterbrechung der Sitzung, welche gleichzeitig zur Belüftung genutzt wurde.

Im Anschluss an der Unterbrechung bat die stellv. Stadtratsvorsitzende alle Stadtratsmitglieder das Abstimmungspapier¹ zur Hand zu nehmen. Sie erklärte das Abstimmungsverfahren und informierte darüber, dass sie nachträgliche Änderungen und relevante Stellungnahmen der Verwaltung vortragen wird.

¹ Red. Anmerkung: Das Abstimmungspapier ist Anlage 1a der Niederschrift.

A – Änderungsanträge

1. gemeinsame Änderungsanträge

1.1 gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt in neu eingereichter Fassung vom 08.03.2022

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, nutzte die Gelegenheit um alle Änderungs- und Begleitanträge, bei denen seine Fraktion mitwirkte, in einer Rede abzuarbeiten. Er hoffte, dass man durch den vorliegenden Doppelhaushalt die Bauvorhaben, den Sanierungsbedarf und die ganzen beschlossenen Projekte umsetzen und angehen kann. Mit den eingereichten Änderungsanträgen will man erreichen, dass die vorangegangenen Stadtratsbeschlüsse umgesetzt werden, wobei er beispielsweise das Hochschulstandortentwicklungskonzept, die Bodenbevorratung, das Toilettenkonzept und den Aktionsplan "Wohnungslosigkeit" aufzählte und dabei unterstrich, dass die Videoüberwachung der Fraktion CDU nicht dazugehören. Erfolgreiche Projekte sollten mit den Anträgen weiter fortgesetzt bzw. unterstützt werden, soz. B. das "World-Café Graffiti", die Arbeit im Stadtteilzentrum Herrenberg oder der Stromsparercheck der Caritas. Seine Fraktion stellt den Eigenanteil der Landeshauptstadt Erfurt und keinen Zuschuss für das Queeres Zentrum bereit. Im Umwelt- und Naturschutzbereich kann man die vorgesehenen Maßnahmen ausfinanzieren und aufstocken, wobei er das Klimaschutzkonzept, Begleitmaßnahmen, Hitzeaktionsplan und die Lokale Agenda aufzählte. Vereine sollten weiter finanziert und bestehende Altlasten weiter bearbeitet werden. Zur Umsetzung des Radbescheids stellte seine Fraktion Mittel für die Abstellanlagen bereit. Insgesamt habe man somit 400 TEUR zusätzlich für den Umwelt- und Klimaschutz, sowie den Fahrradbereich bereitgestellt. Mit dem ersten Begleitantrag seiner Fraktion wollte man die künftigen Mehreinnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung zur Finanzierung des Radentscheids einsetzen. 400 TEUR werden in den beiden Haushaltsjahren für die Digitalisierung der Schulen bereitgestellt. Durch 1,5 Mio. EUR Planungsmittel möchte man das Schulbauprogramm schneller voranbringen und flexibler machen. Neben dem Kultursommer können die Kürzungen bei der Kulturförderung aus der Verwaltungsvorlage zurückgenommen und durch einen gemeinsamen Begleitantrag zukünftig unterbunden werden. In dem Bestand möchte man beispielsweise durch die Erneuerung des Brandschutzes Objekt Engelsburg für 240 TEUR und im Zughafen für 100 TEUR investieren. Weiterhin möchte man die Kultur durch eine Anpassung der Förderung für die Schotte auf 300 TEUR stärken. Damit die Ausländerbehörde ihre Arbeit durchführen kann und die 29 offenen Stellen besetzt werden können, möchte man Gelder für die notwendigen Räumlichkeiten und einer Übergangslösung, bis die Ausländerbehörde 2023 in den Kaffeetrichter einziehen kann, finden. Mit den Änderungs- und Begleitanträgen würde man nicht, wie Herr Hose es behauptete, „Luftschlösser“ bauen, da die Anträge jeweils sinnvoll und gegenfinanziert seien. Im Gegensatz zu den Anträgen der Fraktion CDU wäre man in der Lage die Geldereinzusetzen um bestehende Probleme zu beseitigen und Aufgaben abzuarbeiten. Er kritisierte somit, dass man sich von Herrn Hose keinen "bullshit" anhören muss. Bei der Gewerbe- und Umsatzsteuer bleibe man unter den Einnahmen von 2022. Im Ordnungsbereich wurden die Bußgelder von der Stadtverwaltung angehoben, weswegen an dieser Stelle mit Mehreinnahmen zu rechnen ist. Bei der Hundesteuer wurden durch Neuanmeldungen während Corona 1,292 Mio. EUR erzielt, weswegen es keine Erhöhung braucht und man ebenfalls unter dem Ansatz bleibt. Weiterhin erklärte er, dass seine Fraktion mit den Begleitanträgen die Sanierung der Jugendhäuser vorbereiten und eine Bestands- und Ressourcenanalyse für Zivilgesellschaft und der rechten Szene in Erfurt in Auftrag geben möchte. Ebenfalls möchten sie die Bodenbevorratung praktisch umsetzen und

einen Ort aufzeigen, wo es dies eingeführt werden kann, damit unbezahlbare Preise und soziale Entmischung in neuen Baugebieten verhindert werden.

Weiterhin gab Herr Robeck folgende Änderungen der Anträge der Fraktionen bekannt:

Nr.	HHSt.	Bezeichnung	HH-Jahr 2022				HH-Jahr 2023							
			<u>Veränderung Haushaltsansatz</u>				<u>Veränderung Haushaltsansatz</u>							
			von 2022			nach 2022	von 2023			nach 2023				
			derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz	derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz	derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz	derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		
26	26000 50010	Gemeinschaftsschulen SN 2 Gebäudeunterhaltung (hier: Umsetzung Digitalisierung)				138.700	150.000	288.700				500.000	250.000	750.000

Die Zuordnung solle beibehalten werden, jedoch sollen die Mittel für alle Schularten verwendet werden.

Weiterhin solle der Begleit Antrag 1.1 der Fraktionen in der ursprünglich eingereichten Fassung abgestimmt werden.

Herr Hose ging auf die Äußerungen des Vorredners in Bezug auf seine Aussagen ein und fasste diese als Beleidigung auf.

Herr Robeck entschuldigte sich bei Herrn Hose und begründete seine emotionale Entgleisung mit den Darstellungen Herrn Hoses, dass die anderen Fraktionen für ihre Anträge keine Gegenfinanzierung hätten.

Frau Pelke fragte Herrn Hose, ob die Situation damit geklärt sei, was dieser bestätigte.

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, bat unter Korrektur der Leiterin der Stadtkämmerei um folgende Änderung bei der Benennung der Haushaltsstelle in Bezug auf die laufende Nr. 28 zum Änderungsantrag 1.1:

Nr.	HHSt.	Bezeichnung	HH-Jahr 2022				HH-Jahr 2023							
			<u>Veränderung Haushaltsansatz</u>				<u>Veränderung Haushaltsansatz</u>							
			von 2022			nach 2022	von 2023				nach 2023			
			derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz	derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz	derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz	derzeitiger Ansatz	Veränderung	zukünftiger Ansatz
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		
28	30000 71800 30040	Soziokultur und Kulturförderung-Zuschüsse übrige Bereiche, Klanggerüst e.V.				0	7.500	7.500				0	7.500	7.500

Die Abstimmung erfolgte entsprechend in Fassung der Korrekturvorschläge² der Verwaltung mit den soeben vorgetragenen Änderungen.

Abstimmungsergebnis: Ja: 31 Nein: 15 Enthaltung: 2 Befangen: 1
→ damit bestätigt

2. Änderungsanträge der Fraktion CDU

2.1 Änderungsantrag Fraktion CDU

Frau Pelke wies darauf hin, dass bei Zustimmung dieses Antrages der 2. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters mit der Drucksache 0156/22 nicht mehr abgestimmt werden kann.

Die Abstimmung erfolgte entsprechend in Fassung der Korrekturvorschläge der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: Ja: 8 Nein: 29 Enthaltung: 1 → damit abgelehnt

3. Änderungsanträge Fraktion SPD

3.1 Änderungsantrag Fraktion SPD

² Red. Anmerkung: Die Korrekturvorschläge der Verwaltung sind im Abstimmungspapier (Anlage 1a der Niederschrift) aufgeführt.

Frau Pelke gab zur Kenntnis, dass die Zustimmung zur laufenden Nr. 8 des Antrages zugleich einer Änderung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb bedarf.

Die Abstimmung erfolgte entsprechend in Fassung der Korrekturvorschläge der Verwaltung einschließlich der Änderung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb.

Abstimmungsergebnis: Ja: 31 Nein: 18 Enthaltung: 0 → damit bestätigt

4. Änderungsanträge Fraktion DIE LINKE.

4.1 Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion DIE LINKE. und

4.2 Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion DIE LINKE. in neu eingereichter Fassung vom 08.03.2022

Frau Pelke informierte, dass mit Änderung der laufende Nr. 16 eine Änderung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Erfurter Zoopark notwendig wird.

Die Abstimmung erfolgte entsprechend in Fassung der Korrekturvorschläge der Verwaltung einschließlich der Änderung des Wirtschaftsplanes 2022 und 2023 des Eigenbetriebes Erfurter Zoopark.

Abstimmungsergebnis: Ja: 29 Nein: 17 Enthaltung: 1 → damit bestätigt

4.3 Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion DIE LINKE. in neu eingereichter Fassung vom 02.03.2022

Frau Pelke informierte, dass der Antrag laut der Stellungnahme der Verwaltung in der vorliegenden Fassung nicht abgestimmt werden kann.

Frau Maurer bat um Begründung, warum der Antrag nicht abgestimmt werden kann.

Herr Linnert antwortete, dass der Antrag im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben nicht abgestimmt wurde, da man mit einer Kreditermächtigung für den Eigenbetrieb zum einen den Wirtschaftsplan ändere aber zugleich in die Haushaltssatzung eingreife, ohne diesen zu ändern, weswegen Haushaltssatzung und Wirtschaftsplan nicht mehr übereinstimmen würden.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. beantragte eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Da sich kein Widerspruch erhob, wurde einvernehmlich eine Unterbrechung für 5 Minuten durchgeführt.

Frau Pelke gab nach der Unterbrechung bekannt, dass man zu einer Einigung über die Abstimmung gekommen sei, welche Herr Linnert vortragen sollte.

Herr Linnert erklärte, dass man sich zwar auf eine Abstimmung geeinigt hat, er allerdings aus finanzieller Sicht, aus bereits genannten Gründen um Ablehnung bat, zumal es einen Begleit Antrag gäbe, welcher das gleiche Ziel verfolgt und leichter durch einen Nachtragshaushalt umzusetzen sei.

Frau Maurer bekräftigte die Meinung, den Antrag abstimmen zu lassen und an dessen Inhalt festzuhalten. Sie begründete dies damit, dass es sich hierbei nur um eine Ermächtigung handle und man erst durch Bewilligung eines Kredites oder von Fördermittel in den Wirtschaftsplan eingreift, welcher ohnehin bei dem Erhalt von Fördermitteln angepasst werden muss. Sie empfand es als schwierig, dass im Abstimmpapier vermerkt war, dass man über den Antrag nicht abstimmen lassen kann. Ihrer Meinung gibt es keine Einschränkung über was abgestimmt werden kann.

Die stellv. Stadtratsvorsitzende erklärte, dass sie für Transparenz sowohl die Anträge, als auch die Verwaltungsempfehlung dazu erläutert, unabhängig von Einigungen oder Absprachen.

Herr Hose zeigte sich verwirrt und stellte daraufhin folgende Fragen:

1. Ist der Antrag rechtlich zulässig?
2. Wenn der Antrag eine Mehrheit bekommt, muss er dann beanstandet werden?
3. Wenn der Antrag eine Mehrheit bekommt, hat er dann zur Folge, dass es eine Verpflichtungsermächtigung von 4 Mio. EUR im Eigenbetrieb Erfurter Sportbetrieb für die Maßnahmen in der kleinen Eishalle veranschlagt sei?

Herr Linnert antwortete wie folgt:

1. Aus der Sicht der Verwaltung wäre der Antrag aus bereits genannten Gründen rechtlich unzulässig.
2. Die Konsequenz der rechtlichen Unzulässigkeit würde dazu führen, dass er, würde er eine Mehrheit erhalten, beanstandet werden müsste.
3. Da sich der Antrag auf das Haushaltsjahr 2022 bezieht wäre keine Verpflichtungsermächtigung notwendig, da die notwendige Kreditermächtigung für das Jahr 2022 gelten würde.

Herr Warnecke erklärte, dass die Sanierung der kleinen Eishalle unumstritten sei, zumal der notwendige Ausschuss bereits Teile der Sanierung in Auftrag gegeben hat. Anschließend verlas er den Begleitantrag seiner Fraktion zur kleinen Eishalle. In der Sache sei man sich mit den anderen Fraktionen einig, nur wolle man nicht das Risiko eingehen, dass nach Ablehnung der Erhöhung des Kreditrahmens, durch das Landesverwaltungsamt, die gesamte Erfurter Haushaltssatzung abgelehnt wäre, weswegen man sich zu dem Wege eines Nachtragshaushaltes entschieden hat.

Frau Stange stellte klar, dass ihre Fraktion sich beim Landesverwaltungsamt sachkundig gemacht hat und diese eine zusätzliche Kreditermächtigung von 4 Mio. EUR für möglich hielt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab ließ Frau Pelke über den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion DIE LINKE. abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Ja: 14 Nein: 25 Enthaltung: 4 → damit abgelehnt

4.4 Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion DIE LINKE. und

4.5 Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion DIE LINKE.

Frau Pelke wies darauf hin, dass die Änderungsanträge 4.4 und 4.5 gemeinsam abgestimmt werden müssen.

Herr Vogt, Stadtratsreferent, fragte in Bezug auf die neue Stellungnahme der Verwaltung³, ob es seitens der Fraktion DIE LINKE. eine Änderung gibt.

Frau Stange antwortete, dass ihre Fraktion die Änderungsvorschläge der Stadtverwaltung übernimmt.

Die Abstimmung erfolgte über die Anträge Nr. 4 und 5 gemeinsam in Fassung der Korrekturvorschläge und unter Beachtung der neuen Stellungnahme der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: Ja: 27 Nein: 15 Enthaltung: 5 → damit bestätigt

5. Änderungsanträge Fraktion AfD

Es lagen keine Anträge vor.

6. Änderungsanträge Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

6.1 Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Die Abstimmung erfolgte entsprechend in Fassung der Korrekturvorschläge der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: Ja: 30 Nein: 17 Enthaltung: 0 → damit bestätigt

6.2 Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Abstimmungsergebnis: Ja: 29 Nein: 17 Enthaltung: 0 → damit bestätigt

³ Die Stellungnahme lautet wie folgt:

„Nummer 4 "88000.50000 Allg. Grundvermögen –

Gebäudeunterhaltung SN 2" der folgende Haushaltvermerk aufgenommen werden soll:

"Die Mittel sind für Baumaßnahmen an der Turnhalle in Bischleben zu verwenden. Die Ausgabe darf nur getätigt werden soweit sich die Sporthalle im städtischen Eigentum befindet. Zudem ist zu gewährleisten, dass weiterhin Vereinssport in der Turnhalle stattfinden kann."

Stellungnahme:

Die Verwaltung hat mit Ihrer ergänzenden Stellungnahme zur DS 0295/22 bereits angemerkt, dass die HHSt. für die Maßnahme zur Sporthalle Bischleben geändert werden muss und daher die HHSt. 88000.50000 SN 2 vorgeschlagen.

Die hier eingestellten Mittel sind grundsätzlich nur für eigene städtische Objekte zu verwenden.

Sollte der Änderungsantrag bestätigt werden, würde die Verwaltung eine Erläuterung zur HHSt. mit dem entsprechenden Hinweis zu Sporthalle Bischleben mit aufnehmen.

Es wird davon ausgegangen, dass der Einreicher auch eine **Erläuterung zur HHSt meint** und nicht einen Haushaltsvermerk. Haushaltsvermerke gibt es im eigentlichen Sinne nur für echte und unechte Deckungs-(Haushalts-)vermerke.“

7. Änderungsantrag Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN in geänderter Fassung vom 07.03.2022

Die Abstimmung erfolgte entsprechend in Fassung der Korrekturvorschläge der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: Ja: 31 Nein: 7 Enthaltung: 10 → damit bestätigt

8. Änderungsantrag Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Die Abstimmung erfolgte entsprechend in Fassung der Korrekturvorschläge der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: Ja: 30 Nein: 12 Enthaltung: 5 → damit bestätigt

9. Änderungsanträge fraktionsloses Stadtratsmitglied

Es lagen keine Anträge vor.

10. Änderungsanträge Ortsteilbürgermeister

10.1 Änderungsantrag Ortsteilbürgermeisterin Hochstedt

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 27 Enthaltung: 15 → damit abgelehnt

10.2 Änderungsantrag Ortsteilbürgermeisterin Büßleben

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 23 Enthaltung: 18 → damit abgelehnt

10.3 Änderungsantrag Ortsteilbürgermeister Waltersleben

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 28 Enthaltung: 4 → damit abgelehnt

10.4 Änderungsanträge Ortsteilbürgermeister Vieselbach

Die Anträge unter den Ziffern 1, 2 und 3 wurden im Vorfeld zurückgezogen.

Es wurde somit nur noch über den 4. Punkt des Änderungsantrages abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Ja: 11 Nein: 22 Enthaltung: 16 → damit abgelehnt

10.5 Änderungsantrag Ortsteilbürgermeisterin Kühnhausen

Da der Antrag im gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt berücksichtigt wurde,

zog ihn Frau Pelke als Ortsteilbürgermeisterin von Kühnhausen **zurück**. Sie zeigte sich dankbar über die Beschlussfassung in welchem Kühnhausen berücksichtigt wurde.

10.6 Änderungsantrag Ortsteilbürgermeister Johannesplatz

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 31 Enthaltung: 10 → damit abgelehnt

10.7 Änderungsantrag Ortsteilbürgermeisterin Marbach

Frau Böhlke, Ortsteilbürgermeisterin von Marbach, hob hervor, dass von den drei Punkten ihres Antrages der erste Punkt, der Kita-Neubau, am wichtigsten sei. Sie wies darauf hin, dass der Stadtrat 2019 beschlossen hatte, dass ein neuer Kindergarten in Marbach gebaut werden sollte. Im letzten Jahr beschloss der Stadtrat wiederum die Messung der Hochspannungsleitung am neuen Kita-Standort. Nun sei jedoch weder für das Jahr 2022 noch 2023 Planungskosten für den neuen Kindergarten im Haushalt eingeplant, weswegen sie ihren Antrag stellte.

Herr Hose erklärte zwar, dass man für das Ansinnen des Antrages sei, jedoch der Deckungsvorschlag auf Kosten des Bastionskronenpfades zum einen nicht ausreichen würde und zum anderen man diesen auch umgesetzt wissen wolle, weswegen seine Fraktion den Antrag ablehnen wird.

Der Punkt 1 – Kitaneubau - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 33 Enthaltung: 9 → damit abgelehnt

Der Punkt 2 – Straßenbau der Schwarzburger Straße bis zu Brücke - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 36 Enthaltung: 4 → damit abgelehnt

Der Punkt 3 – Errichtung eines Bürgerhauses in Marbach - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 35 Enthaltung: 7 → damit abgelehnt

10.8 Änderungsantrag Ortsteilbürgermeister Linderbach

Herr Hose erklärte, dass seine Fraktion diesen Antrag ebenfalls auf Grund der Verwendung der Mittel des Bastionskronenpfades als Deckungssumme ablehnen muss und verwies darauf, dass man ihn inhaltlich mit dem eigenen Antrag im Gegensatz zu den anderen Fraktionen unterstützen wollte.

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 23 Enthaltung: 16 → damit abgelehnt

10.9 Änderungsantrag Ortsteilbürgermeister Kerspleben

Punkt 1 – Erweiterung Spielplatz Kerspleben

Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kersplebens, fragte, ob die im gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen enthaltenen Mittel für den Unterhalt der städtischen Spielplätze auch für den im Ortsteil Kerspleben eingesetzt werden. Hilfsweise bat er um Zustimmung des Antrages, da die Mittel vorhanden seien und Fehlbeträge durch Vereinspenden und Ortsteilmittel beglichen werden können.

Frau Pelke erwiderte, dass ihrer Auffassung nach die Spielplätze in den Ortsteilen mit umfasst seien, weswegen sie Herrn Henkel fragte, ob er seinen Antrag dennoch aufrechterhalten möchte.

Herr Henkel erklärte sich bereit, bestand allerdings darauf, dass man dieses Jahr nicht nur mit der Planung, sondern auch mit den Arbeiten beginnen soll.

Frau Pelke erklärte, dass sie den Antrag nicht ändern kann, es allerdings als Protokollnotiz vermerkt werden wird und sein Antrag somit als **zurückgezogen** gelte. Dem stimmte Herr Henkel zu.

Herr Hose bat darum, protokollarisch festzuhalten, dass die mit dem bestätigten Änderungsantrag zu Ziff. 1.1., lfd. Nr. 42, erhöhten finanziellen Mittel für die Spielplätze in folgenden Ortsteilen verwendet werden sollen und damit die jeweiligen Anträge der Ortsteilbürgermeister berücksichtigt wurden:

- Kühnhausen
- Kerspleben
- Waltersleben
- Mittelhausen.

Frau Pelke bedankte sich bei Herrn Hose für den Hinweis und erklärte, dass bei den jeweiligen Anträgen zu Protokoll gegeben wird, wenn diese durch den gemeinsamen Antrag erledigt wurden. Zur der genannten Verfahrensweise gab es keinen Widerspruch.

Punkt 2 – Sanierung Lange Gasse und Radweg

Herr Henkel bat um Zustimmung des Antrages, da die Behebung der Schäden, die beim Bau des Windkraftrades an der Langen Gasse und dem Radweg entstanden sind, für die Bürger seines Ortsteiles ein wichtiges Signal wären, dass nach einem Bau nicht nur Schäden übrig bleiben, zumal noch weitere Windkrafträder gebaut werden sollen.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, ging nochmal auf den vorherigen Punkt ein und zeigte sich erschrocken, wie mit den Anträgen der Ortsteilbürgermeister/-innen umgegangen wird. Die grundsätzliche Ablehnung bei den Spielplätzen wegen des allgemein gehaltenen gemeinsamen Antrages empfand er als Risiko, dass das Geld dann eben dennoch nicht bei den Ortsteilen landet. Zu den Anträgen der Ortsteilbürgermeister/-innen insgesamt, wie auch bei den aktuellen, fand er es kritisch, dass diese generell abgelehnt und die Gelder lieber für Klientelpolitik in Vereine gesteckt werden. Die Mittel, so mahnte er, werden für konkrete Hilfen in den Ortsteilen benötigt und sollten auch bereitgestellt werden, weswegen er um Zustimmung bat.

Frau Pelke erwiderte, dass die Anträge zurückgezogen wurden, weil es ansonsten zu einer Doppelfinanzierung gekommen wäre. Sie empfand die Regelung, wie sie Herr Hose vorge schlagen hatte, als gelungen, weswegen die Ortsteile ihre Anträge zurückziehen konnten.

Es folgte die Abstimmung über Punkt 2 des Antrages des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben.

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 17 Enthaltung: 14 → damit abgelehnt

Punkt 3 – Bürgerhaus in Töttleben - wurde im Vorfeld zurückgezogen.

Punkt 4 – Sanierung Große Herrengasse

Herr Henkel erklärte seinen Unmut zur Entscheidung über seinen Antrag zu Punkt 2 und dass nun die Bauschäden nicht behoben werden. Zum nachfolgenden Antrag (Punkt 5) machte er deutlich, dass die Schaffung einer Verbindung des neuen Wohngebietes in Töttleben zum Dorfzentrum für die hinzuziehenden Bürger sehr wichtig sei. Mit dem Erschließungsträger hatte man sich geeinigt, dass dort, wo Leitungen neu verlegt wurden, ein neuer Verbindungsweg entstehen soll, was die Verwaltung seiner Meinung nach versäumte zu berücksichtigen. Der bisherige Weg sei auf Grund seiner schmalen Breite eine Zumutung für Familien mit Kinderwägen und eine Gefahr für Kinder. Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes habe ihm die Aufnahme der Gasse in das Investitionsprogramm zugesagt, was aber in der Stellungnahme auf Grund von Personalmangel wieder zurückgenommen wurde. Sollte es nur am Personalmangel liegen, so würde sich der Erschließungsträger bereit erklären zu handeln, weswegen er um Zustimmung oder Neuverhandlung mit dem Erschließungsträger bat.

Herr Hose ging auf die Wortmeldung von Herrn Henkel ein und äußerte Verständnis, dass die ganze Region, in welcher die Energiewende begann, extrem in Mitleidenschaft gezogen wurde. Eine Nichtbeseitigung der Bauschäden, so warnte er, würde die Akzeptanz der Bevölkerung für eine Energiewende schmälern. Wenn nun sogar Bauschäden von Erschließungen neuer Wohngebiete nicht repariert werden, so müsse man sich nicht wundern, wenn die Bevölkerung die Politik des Erfurter Stadtrates befremdlich und als realitätsfern empfindet. Eindringlich bat er die anderen Fraktionen darum ihr Abstimmverhalten zu überdenken und zuzustimmen.

Es folgte die Abstimmung über Punkt 4 des Antrages des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben.

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 16 Enthaltung: 12 → damit abgelehnt

Punkt 5

Herr Henkel räumte ein sich soeben bei den Punkten seines Antrages durcheinander gekommen zu sein und seine Ausführungen zu Punkt 4 für Punkt 5 gemeint waren. Er bat erneut um Zustimmung und erklärte, dass er eine Ablehnung sowohl den neuen als auch alten Bürgern seines Ortsteiles nicht erklären könne.

Herr Mühlmann verwies darauf, dass im vorherigen Verlauf der Haushaltsdebatte die linke Seite des Stadtrates mit einer Handhebung 200 TEUR zusätzlicher Mittel für den Kultursommer bewilligt habe und nun, da es gerade einmal um 40 TEUR ginge, welche dringend für einen Fußweg benötigt werden, ebenfalls zugestimmt werden sollte.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, hielt der Aussage von Herrn Mühlmann entgegen, dass man die Anträge der Ortsteile nicht wegen ihrem Inhalt ablehnt, sondern weil deren finanzielle Untersetzung fachlich nicht ausreichend sei. Er kenne die Situation vor Ort nicht, zeigte Bereitschaft sich mit Herrn Henkel zu treffen. Die Fraktionen, so verdeutlichte er, nehmen die Anträge und Wortmeldungen der Ortsteilbürgermeister/-innen sehr ernst, auch wenn es die Fraktionen CDU und AfD anders darstellen, wobei er deren gemeinsames Abstimmverhalten kritisierte. Seiner Meinung nach distanzieren sich die Fraktion CDU mit diesem Verhalten von der politischen Arbeit des Erfurter Stadtrates, was er sehr schade fand.

Herr Hose konterte, dass man versucht die Fraktion CDU in eine falsche Ecke zu drängen und beteuerte, dass seine Fraktion mit der Fraktion AfD nichts gemein hat. Er erinnerte daran, dass seine Fraktion sich auch nicht beschwere, wenn andere Fraktionen das gleiche Abstimmverhalten wie die AfD haben. Weiterhin konterte er, dass seine Fraktion, im Vergleich zu Herrn Frenzel, sich vor einer Debatte über die Situationen vor Ort informiert habe und man daher für die Anträge stimmt. Er warnte davor auf die Polemik der AfD einzugehen.

Herr Möller merkte an, dass durch die Äußerungen der Vorredner klar geworden sei, dass es bei den Debatten und Beschlüssen um politische Revierkämpfe geht und nicht um die Probleme der Bürger.

Herr Warnecke erklärte, dass Herr Henkel ein Dauergast im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr sei und dieser genau wissen würde, dass man trotz Ablehnung sich die Themen noch einmal genauer angucken und mit dem Leiter des Amtes für Tiefbau und Verkehr sprechen werde. Wichtiger als die Bereitstellung von Haushaltsmitteln sei die Bereitstellung von Personal, was im Ausschuss besprochen wird.

Herr Henkel erwiderte, dass das Thema ja bereits im Fachausschuss abgelehnt wurde. Es sei ein Unding gegen den Antrag zu stimmen, habe doch der Erschließungsträger sich bereit erklärt, Personal zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung habe es aber versäumt, das Angebot anzunehmen. Er bestätigte die Befürchtung, dass das Vertrauen der Bevölkerung in den Erfurter Stadtrat immer weiter sinkt.

Es folgte die Abstimmung zu Punkt 5 des Antrages des Ortsteilbürgermeister Kerspleben.

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 17 Enthaltung: 15 → damit abgelehnt

Herr Mühlmann erklärte sein Abstimmverhalten wie folgt: "Ich habe für diesen Punkt gestimmt, weil ich im Gegensatz zu Herr Frenzel, von der SPD beispielsweise, eben nicht gucke, was ist ideologisch bedingt, mit wem muss ich zusammen stimmen und mit wem darf ich nicht zusammen stimmen, sondern weil es mir darum geht dafür zu stimmen, was die Leute vor Ort brauchen und keine Klientelpolitik zu machen."

Herr Schlösser, Fraktion AfD, erklärte ebenfalls sein Abstimmverhalten wie folgt: "Ich habe auch für den Antrag gestimmt, weil wenn wir keinen einzigen Ortsteilbürgermeisterantrag isoliert durchkriegen und nicht mit abgestimmten Anträgen, dann können wir die Ortsteilbürgermeister auch abschaffen."

Punkt 6 - Hochwasserschutzmaßnahmen

Herr Henkel verwies darauf, dass die Maßnahmen bereits seit 3 Jahren im Plan enthalten seien, man allerdings für die Umsetzung einen Vertreter im Garten- und Friedhofamt benötigt, welcher die Verwaltungsvereinbarungen mit dem Gewässerunterhaltungsverband abstimmt, weswegen er am Zustimmung bat.

Es folgte die Abstimmung zu Punkt 6 des Antrages des Ortsteilbürgermeister Kerspleben.

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 11 Enthaltung: 16 → damit bestätigt

An dieser Stelle unterbrach Frau Pelke die Sitzung für eine 10-minütige Belüftungspause.

Nach der Unterbrechung meldete sich Herr Linnert zu Wort und stellte klar, dass der soeben bestätigte Antrag bereits im Haushaltsplan enthalten sei. Dies seien 50 TEUR Planungsmittel für 2022 und 1 Mio. EUR für die Umsetzung im Jahr 2023.

Herr Henkel begann nochmals mit der Erläuterung seines Antrages. Durch Frau Pelke erfolgte der Hinweis, dass man bereits darüber abgestimmt habe und der Redebeitrag wurde abgebrochen.

10.10 Änderungsantrag Ortsteilbürgermeister Urbich

Der Punkt 1 – Erneuerung des Rohrdurchlasses - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 19 Enthaltung: 19 → damit abgelehnt

Der Punkt 2 – Straßensanierung Büßlebener Straße - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 23 Enthaltung: 16 → damit abgelehnt

10.11 Änderungsantrag Ortsteilbürgermeister Mittelhausen

Punkt 1 – Ersatzneubau Ufermauer Gerastraße - wurde in Fassung der Korrekturvorschläge der Verwaltung wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 25 Enthaltung: 7 → damit abgelehnt

Zu Punkt 2 – Neubau Spielplatz - wies die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, darauf hin, dass der Spielplatz bereits im gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen enthalten war und bat den Ortsteilbürgermeister sich dazu zu äußern, ob er folglich seinen Antrag zurückziehen möchte.

Der Ortsteilbürgermeister Mittelhausen, Herr Neuhaus, bestätigte, dass er in diesem Fall den Antrag **zurückziehen** möchte.

11. Änderungsantrag Jugendhilfeausschuss

Herr Mroß, Fraktion SPD und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, warb um Zustimmung des Antrages, welcher in Folge der Haushaltsanhörung entstanden sei. Dabei war aufgefallen, dass bei den Haushaltsstellen der Erziehungs-, Jugend- und Familienzentren eine Differenz zwischen den Jahren 2022 und 2023 bestand. Auf Nachfrage des Jugendhilfeausschusses, ob sich der Leistungskatalog verändert und ob die Maßnahmen in derselben Höhe wie im Jahr 2023 benötigt werden, bestätigte dies die Verwaltung, weswegen dieser Antrag entstand.

Die Abstimmung des Änderungsantrages des Jugendhilfeausschuss erfolgte in Fassung der Korrekturvorschläge der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: Ja: 38 Nein: 0 Enthaltung: 10 → damit bestätigt

12. Verwaltungsänderung

12.1 Drucksache 2464/21 – 1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2132/21

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 38 Nein: 0 Enthaltung: 10 → damit bestätigt

12.2 Drucksache 0156/22 – 2. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2132/21

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 38 Nein: 0 Enthaltung: 12 → damit bestätigt

B – Begleitanträge

1. gemeinsame Begleitanträge

1.1 Begleitantrag Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt – Kulturförderung stabilisieren

Der Stadtratsreferent, Herr Vogt, fragte Herrn Robeck, ob er diesen richtig verstanden habe, dass über den Vorschlag a) in der Korrektur Empfehlung der Verwaltung abgestimmt werden soll.

Herr Robeck antwortete, dass über die Originalfassung unter b) jedoch unter Beachtung des Korrekturvorschlages der Verwaltung abgestimmt werden soll.

Es folgte die Abstimmung des Antrages in Fassung b) mit den dortigen Korrekturvorschlägen der Verwaltung wie folgt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 39 Nein: 6 Enthaltung: 3 damit bestätigt

1.2 Begleitantrag Fraktion SPD und Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN - Sauberkeit Innenstadt

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 46 Nein: 0 Enthaltung: 2 → damit bestätigt

1.3 Begleitantrag Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN - Schwimmhalle

Herr Hose erklärte, dass der Wirtschaftsplan der SWE Bäder GmbH zur Finanzierung nicht geeignet sei. Den Aufsichtsratsmitgliedern der Stadtwerke Erfurt GmbH sei bekannt, dass die Stadtwerke darauf mehrfach hingewiesen haben, es nicht finanzieren zu können. Steigende Energiepreise und Probleme der Stadtwerke lassen eine Finanzierung nicht zu. Wird eine Schwimmhalle gewünscht, so müsste die Stadt diese im Haushalt selbst finanzieren. Seine Fraktion unterstützt zwar den Wunsch einer neuen Schwimmhalle, jedoch können sie auf Grund der Belastung für die Stadtwerke dem Antrag nicht zustimmen.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 33 Nein: 1 Enthaltung: 13 → damit bestätigt

2. Begleitanträge Fraktion CDU

2.1 Haushaltsbegleitantrag Nr. 1 - Hochwasserschutz

Herr Hose kündigte an, dass das Thema Hochwasserschutz Inhalt eines künftigen Sonderausschusses sein wird und bat als Zeichen für mehr Hochwasserschutz, was in der Vergangenheit versäumt wurde, um Zustimmung des Antrages.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 16 Nein: 23 Enthaltung: 6 → damit abgelehnt

2.2 Haushaltsbegleitantrag Nr. 2 - Videoüberwachung

Frau Vogel, Fraktion CDU, verwies auf eine Anzahl an Straftaten, die auf Grund mangelnder Überwachung nie oder nur schwer aufgeklärt werden, was das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger schmälert. Den Wunsch einer Videoüberwachung, wie er bereits bei 2/3 der Erfurter Bevölkerung vorliegt, sollte man daher nicht verwehren. Ziel sei es dabei nicht den Alltag der Erfurter Bürgerinnen und Bürger zu überwachen, sondern eine videogestützte Strafverfolgung zur Unterstützung der Erfurter Polizei zu ermöglichen.

Herr Robeck konterte, dass der Erfurter Stadtrat sich eine Videoüberwachung nicht grundlegend ablehnt, das Thema aber zu Wichtig sei, um es lediglich im Rahmen der Diskussion zum Haushalt behandelt zu werden. Er kritisierte die Agenda der Fraktion CDU, welche durch Pressemitteilungen das Gefühl von Unsicherheit fördert. In bestimmten Fällen wäre eine Videoüberwachung sinnvoll, allerdings nicht an Orten, an welchen sich die Kriminalität

tät verlagern lässt, wie an den großen Plätzen im Innenstadtbereich. Er fand es schade, dass die sozialen Aspekte nicht von der Fraktion CDU gesehen werden und diese es auf ein Mittel der Ordnungspolitik verkürzt. Studien würden zeigen, dass zwar kurzfristig ein gesteigertes Sicherheitsgefühl wahrgenommen wird, langfristig dieses aber sinkt, da videoüberwachte Orte als unsichere Orte wahrgenommen werden. Die zusätzlichen Kameras würden neben den 50 TEUR Anschaffungskosten auch jährliche Betriebskosten in Höhe von 10 TEUR verursachen, welche den Haushalt zusätzlich belasten würden. Erschlug daher die Überlegung nach sinnvolleren und nachhaltigeren Alternativen vor, wie zum Beispiel Sichtachsen und den Einsatz von Streetworkern. Mit diesem Hintergrund bat er abschließend darum, dass das Thema weiter debattiert und nicht vorschnell beschlossen werden sollte.

Frau Fischer, Fraktion CDU, kontierte der Behauptung von Herrn Robeck, ihre Fraktion würde gezielt ein falsches Sicherheitsgefühl erzeugen wollen, dass jede ihrer Freundinnen bis zu ihren 18. Lebensjahr davor gewarnt wurde, nachts über den Anger zu gehen. Die Mittel für die Videoüberwachung hätten zur Entlastung des Erfurter Haushaltes, entsprechend dem Vorschlag im Änderungsantrag ihrer Fraktion, im Rahmen der zusätzlichen Landesmitteln bereitgestellt werden sollen, was leider gescheitert ist.

Herr Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, unterstützte die Ansicht von Herrn Robeck, dass das Thema für den Haushalt zu wichtig sei; von den restlichen Ansichten distanzierte er sich jedoch. Er plädierte dafür den Antrag gründlich außerhalb der Haushaltsdebatte zu diskutieren.

Herr Mühlmann erklärte, dass das Thema in seiner Fraktion bereits debattiert wurde und setzte Herrn Robeck entgegen, dass eine Videoüberwachung im Moment der Tat nicht hilft. Allerdings helfe es im Nachgang bei der Tätersuche durch leichtere Beweissicherung und Täteridentifizierung. Er gab den Hinweis zu der Argumentation, dass im Stadtrat darüber nicht debattiert werden würde, dass es bereits entsprechende Anträge seitens seiner Fraktion gab. Dabei hätte eine Debatte geführt werden können, was aus ideologischen Gründen jedoch nicht geschah. Die Anträge seien abgelehnt worden. Da eine Debatte also bereits möglich war und das Thema für eine erfolgreiche Strafverfolgung wichtig sei, sollte man diesem Begleit Antrag zustimmen.

Frau Vogel wies darauf hin, dass es in diesem Antrag nur um ein Gutachten ginge, welches Fakten sammeln soll um eine sachlich und fachliche Debatte zu ermöglichen.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 18 Nein: 28 Enthaltung: 3 → damit abgelehnt

2.3 Haushaltsbegleit Antrag Nr. 3 – Sanierung Kleine Eishalle

Herr Hose erklärte den Unterschied zwischen den Antrag seiner Fraktion und den der SPD, wonach diese auf Fördermittel hofft, um eine Finanzierung zu ermöglichen, während seine Fraktion das vorhandene zusätzliche Geld des Landes nehmen möchte, um Eigenmittel zur Verfügung zu stellen. Den Kompromissvorschlag, der mit dem Eishockey-Verein vereinbart wurde, für den Fall dass es keine Fördermittel gibt, habe seine Fraktion in diesem Antrag aufgenommen. Damit möchte man gewährleisten, dass im Zweifelsfall notwendige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können, damit die Kleine Eishalle weiterhin nutz-

bar bleibt. Er hoffte, dass die anderen Fraktionen bei ihrer Abstimmung genauso kompromissbereit sind, wie es der Verein ist und entsprechend für den Antrag stimmen.

Frau Pelke stellte fest, dass die Redezeit der Fraktion CDU erschöpft ist.

Herr Warnecke wies darauf hin, dass das Geld für die kleine Eishalle, wie im Antrag gefordert, nicht mehr vorhanden sei, da dies bereits in vorher beschlossene Anträge geflossen sei.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 28 Enthaltung: 1 → damit abgelehnt

2.4 Haushaltsbegleitantrag Nr. 4 – Sozialaufgaben-Benchmark

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 29 Nein: 14 Enthaltung: 4 → damit bestätigt

2.5 Haushaltsbegleitantrag Nr. 5 – Sockelbetrag Ortsmitteln

Der Ortsteilbürgermeister von Egstedt, Herr Lünser, begrüßte das Einbringen des Antrages, welcher helfen soll das wegen den Auswirkungen der Corona-Pandemie geschwächte kulturelle Leben in den Ortsteilen wieder hochzufahren.

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, verwies auf den gemeinsamen Antrag mit den anderen Fraktionen, in welchen man 50 TEUR für die kulturelle Förderung in den Ortsteilen zur Verfügung gestellt habe.

Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER / FDP / PIRATEN, wies ebenfalls auf einen gemeinsamen Antrag von fünf Fraktionen hin, bei welchem man zusätzliche Mittel entsprechend dem § 4 der Ortseilfassung in Höhe von 50 TEUR eingestellt habe. Diese Mittel haben eine gesetzliche Grenze von max. 800 EUR bei investiven Maßnahmen, was zu beachten sei.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 27 Enthaltung: 4 → damit abgelehnt

Nach der Abstimmung hat Herr Hose sein Abstimmverhalten wie folgt erklärt: "Ich bzw. wir haben für den Antrag gestimmt, weil dass, was die fünf Fraktionen beschlossen haben wesentlich niedriger ist, als dass, was wir hier gefordert haben. Es ist ja bekannt, dass wir über 40 Ortsteile haben und dass, was wir mit 123 TEUR im Jahr vorgesehen haben ist deutlich mehr, als dass, was gerade die beiden Kollegen gesagt haben. Uns ist wichtig im Antrag, dass eben die Ortsteile selber entscheiden können, was sie dafür ausgeben. Deswegen haben wir diesen Weg gewählt und für den Antrag gestimmt."

2.6 Haushaltsbegleitantrag Nr. 6 – Kinder- und Jugendförderung für Sportvereine erhöhen

Frau Pelke wies für die Abstimmung darauf hin, dass es einen Änderungsvorschlag seitens der Verwaltung gibt, in dessen Fassung sie abstimmen ließe.

Abstimmungsergebnis: Ja: 27 Nein: 0 Enthaltung: 20 → damit bestätigt

2.7 Haushaltsbegleitantrag Nr. 7 – Ausweichobjekt für Ausländerbehörde prüfen

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 11 Nein: 33 Enthaltung: 3 → damit abgelehnt

3. Begleitanträge Fraktion SPD

3.1 Haushaltsbegleitantrag Nr. 1 - Wirtschaftsförderung

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 30 Nein: 15 Enthaltung: 2 → damit bestätigt

Herr Waßmann, Fraktion CDU, erklärte nach der Abstimmung sein Abstimmverhalten wie folgt: "Man behandle dieses Jahr noch das Thema der Wirtschaftsstrategie, wobei es darum gehen wird, welche Aufgaben, welche Prioritäten wird die Wirtschaftsförderung dieser Stadt haben. Dies ist ein sehr wichtiges Thema und wir hätten mit diesem Antrag und haben es jetzt de facto das Ergebnis vorweg genommen, bevor die Debatte überhaupt erfolgen kann. Deswegen habe ich nicht zugestimmt."

3.2 Haushaltsbegleitantrag Nr. 2 war im gemeinsamen Begleitantrag 1.2 aufgenommen und wurde daher obsolet.

3.3 Haushaltsbegleitantrag Nr. 3 – Sanierung Kleine Eishalle

Herr Mroß, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass der Antrag das von der Presse geforderte klare Bekenntnis des Erfurter Stadtrates für die kleine Eishalle widerspiegelte. Durch den Antrag sollen notwendige Mittel für Sanierungsarbeiten gesichert werden, die die bereits beschlossenen Mittel des Werkausschusses Erfurter Sportbetriebe ergänzen sollen. Die Mittel würde man dann über einen Nachtragshaushalt generieren, weswegen er um Zustimmung des Antrages bat.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 36 Nein: 9 Enthaltung: 2 → damit bestätigt

Herr Hose erklärte anschließend sein Abstimmverhalten wie folgt: "Wir bzw. ich haben gegen den Antrag gestimmt, weil das Beschlusslage des Stadtrates ist. Es ist überhaupt kein klares Bekenntnis. Das haben wir schon vor einigen Jahren gemeinsam beschlossen. Ein klares Bekenntnis wäre es gewesen, Geld einzustellen; dass passiert nicht. Die Kollegen

wissen ja, dass wenn man Fördermittel haben will, man Eigenmittel nachweisen muss. Bis wir einen Nachtragshaushalt haben werden die Fördermittel wahrscheinlich wieder verfallen sein, dann wird man sich wieder den schwarzen Peter zuschieben. Land und Bund werden sagen die Stadt will nicht. Die Stadt wird sagen Land und Bund wollen nicht. Am Ende wird nichts passieren. Wenn ich mich irre, dann tue ich das gerne, dann werde ich das dann auch zugeben. Außerdem war unser Antrag insofern besser, dass wir gesagt haben, wenn es keine Fördermittel gibt, tun wir trotzdem was. Dieser Antrag sagt über das, was bisher beschlossen wurde wird nichts passieren an der Eishalle und deswegen finden wir den Antrag nicht gut und haben dagegen gestimmt."

Die stellv. Stadtratsvorsitzende mahnte, dass die Erklärung eines Abstimmungsverhaltens nicht dafür verwendet werden soll, um inhaltliche Punkte zu rekapitulieren. Sie zeigte Verständnis für das Verhalten der Fraktion CDU in Bezug auf deren abgelaufene Redezeit, empfand dies aber dennoch als unfaires Verhalten.

Herr Mühlmann erklärte ebenfalls sein Abstimmverhalten: "Ich teile die Bedenken, die Herr Hose eben genannt hatte. Mir wäre der Antrag von der Fraktion CDU auch lieber gewesen. Ich habe diesen Antrag aber dennoch zugestimmt und nicht abgelehnt, weil der wenigstens ein Bisschen was ist, was man als Stadtrat für die Zustimmung für den Bau der Kleinen Eishalle zeigen kann. Deswegen war es mir wichtig diesen Antrag zuzustimmen und dieses Zeichen zu unterstützen, weil es seitens meiner Fraktion nämlich auch so gesehen wird: Wir brauchen dort einen Neubau oder eine grundhafte Sanierung.

Frau Pelke wies darauf hin, dass man bereits von allen Fraktionen gehört habe, dass sie sich für die Kleine Eishalle einsetzen.

3.4 Haushaltsbegleitantrag Nr. 4 – Organisationsuntersuchung Ausländerbehörde

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 28 Nein: 16 Enthaltung: 3 → damit bestätigt

Herr Waßmann erklärte, da ihm das Thema wichtig war, sein Abstimmverhalten wie folgt: "Mir geht es darum, dass eine möglichst schnelle Lösung kommt. Eine schnelle Lösung steht nicht im Einklang mit der Analyse und einem zusätzlichen Optimierungskonzept. Die Probleme sind bekannt, deswegen sollte gehandelt werden und deswegen habe ich gegen diesen Antrag gestimmt."

3.5 Haushaltsbegleitantrag Nr. 5 – Bausteine zur erfolgreichen Umsetzung Erfurter Baumaßnahmen im Bereich Schulen und Kitas

Die Abstimmung erfolgte im Block der Nummern 1 bis 5.

Abstimmungsergebnis: Ja: 30 Nein: 0 Enthaltung: 17 → damit bestätigt

3.6 Haushaltsbegleitantrag Nr. 6 – Entwicklung Modellprojekt Campus-Ost

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 30 Nein: 16 Enthaltung: 1 → damit bestätigt

3.7 Haushaltsbegleitantrag Nr. 7 war im gemeinsamen Begleitantrag 1.3 aufgenommen und wurde daher obsolet.

3.8 Haushaltsbegleitantrag Nr. 8 – Sanierung Schwarzbürger Straße

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 29 Nein: 1 Enthaltung: 17 → damit bestätigt

3.9 Haushaltsbegleitantrag Nr. 9 – FFW Ilversgehofen

Herr Frenzel war mit der Stellungnahme der Verwaltung und den Umgang mit den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Ilversgehofen unzufrieden. Die schlechte Situation der Feuerwehr und die Verstöße gegen Unfallverhütungsvorschriften und den Arbeitsschutz, was eine Gefahr für die Feuerwehrmänner bedeutet, seien bekannt. Er empfand es als sachlich unangebracht, dass der Neubau immer wieder, bis zum Jahr 2025, verschoben wird, nur weil ein Planungsfehler vorlag. Sowohl die Verwaltung, als auch der Erfurter Stadtrat stünde in der Pflicht die Sicherheiten der Kameraden zu gewährleisten.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 45 Nein: 0 Enthaltung: 2 → damit bestätigt

4. Begleitanträge Fraktion DIE LINKE.

4.1 Begleitantrag Nr. 1 – Verwendung Gebührenmehreinnahmen Musikschule

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 28 Nein: 18 Enthaltung: 1 → damit bestätigt

4.2 Begleitantrag Nr. 2 – Zuschüsse Sozial- und Kreativwirtschaft

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 28 Nein: 18 Enthaltung: 1 → damit bestätigt

4.3 Begleit Antrag Nr. 3 – Anpassung Kosten der Unterkunft (KdU) und des Wohngeldes infolge steigender Heizkosten

Herr Pfistner, Fraktion CDU, fragte die Verwaltung, ob der Beschluss im Falle einer Mehrheit beanstandet werden würde?

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, antwortete, dass die Thematik „Kosten der Unterkunft“ in verschiedenen Sozialgesetzbüchern erörtert würde und sie in einem Prüfauftrag an den Oberbürgermeister keinen Grund für eine Beanstandung sah. Ein Prüfergebnis würde man de facto bei Beschlussfassung vorlegen.

Herr Pfistner signalisierte nichts gegen die Intention des Antrages zu haben, jedoch war seiner Meinung nach die Stadtverwaltung für Wohngeld nicht zuständig, sondern der Bund und das Land. Aus diesem Grund müsste es seiner Meinung nach beanstandet werden.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 26 Nein: 10 Enthaltung: 11 → damit bestätigt

5. Begleit anträge Fraktion AfD

5.1 Begleit Antrag Nr. 1 – Nachweis Anlagevermögen Grundstücke

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 39 Enthaltung: 1 → damit abgelehnt

5.2 Begleit Antrag Nr. 2 – Änderung Stellenplan als Anlage zur Haushaltssatzung

Herr Mühlmann gab ein Zitat der Thüringer Finanzministerin aus der Thüringer Allgemeinen wider, welche auf die Frage, ob es einen Einfach- oder Doppelhaushalt im Land geben sollte, über den Stellenplan gesagt hat "Es ist daher sinnvoll und möglich die geplanten Ausgaben stärker an den tatsächlichen Ausgaben zu orientieren.". Sowohl auf Landesebene, als auch in der Stadtverwaltung, so kritisierte er, werde seit Jahren das Geld auf unbesetzte Stellen geparkt. Eine Besetzung und Verwendung der gebundenen Mittel wäre zwar wünschenswert, deren Umsetzung aber kaum möglich. Das Geld sollte statt in unbesetzten Stellen besser in Schulen und Kindergärten investiert werden, weswegen er um Zustimmung des Antrages bat.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 6 Nein: 41 Enthaltung: 0 → damit abgelehnt

5.3 Begleit Antrag Nr. 3 – Senkung der Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuern

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 40 Enthaltung: 0 → damit abgelehnt

5.4 Begleitantrag Nr. 4 – Unbare Grundleistungen als Geldersatzleistungen für Asylbewerber in Form eines lokalen Gutscheinsystems als Änderungsantrag zum Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2022 und 2023

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 40 Enthaltung: 0 → damit abgelehnt

6. Begleitanträge Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

6.1 Begleitantrag Nr. 1 - Anwohnerparken

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 18 Nein: 26 Enthaltung: 2 → damit abgelehnt

6.2 Begleitantrag Nr. 2 – Sanierungsstau Prioritätenlisten Schulen, Kitas, Jugendhäuser

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 38 Nein: 0 Enthaltung: 8 → damit bestätigt

6.3 Begleitantrag Nr. 3 – Ausländerbehörde -Anmietung

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 30 Nein: 7 Enthaltung: 9 → damit bestätigt

6.4 Begleitantrag Nr. 4 – Analyse Projekt „Demokratie leben“

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 30 Nein: 15 Enthaltung: 1 → damit bestätigt

6.5 Begleitantrag Nr. 5 – Konzept nachhaltige und soziale Bodenbevorratung

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 18 Nein: 25 Enthaltung: 4 → damit abgelehnt

7. Begleitanträge Fraktion FREIE WÄHLER / FPD / PIRATEN

7.1 Begleitantrag Nr. 1 - Big Bellys - wurde im Vorfeld **zurückgezogen**.

7.2 Begleitantrag Nr. 2 – Zusätzliche Mittel Hilfen zur Erziehung – Cool Projekt

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 30 Nein: 15 Enthaltung: 1 → damit bestätigt

7.3 Begleitantrag Nr. 3 - Kleingarten

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 42 Nein: 0 Enthaltung: 4 → damit bestätigt

7.4 Begleitantrag Nr. 4 – Wirtschaftsplan SWE Bäder GmbH – Schwimmhalle - wurde im Vorfeld **zurückgezogen**.

8. Begleitanträge Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

8.1 Begleitantrag Nr. 1 – Finanzierungsoption Stadtbahnen EVAG

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 45 Nein: 0 Enthaltung: 1 → damit bestätigt

8.2 Begleitantrag Nr. 2 – Flurerhaltung und Biodiversitätsmaßnahmen

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 29 Nein: 17 Enthaltung: 0 → damit bestätigt

8.3 Begleitantrag Nr. 3 – Hybride Konferenzsysteme und Remote-Sitzungen

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 38 Nein: 7 Enthaltung: 1 → damit bestätigt

9. Begleitanträge fraktionsloser Stadtratsmitglieder lagen nicht vor.

10. Begleitanträge Ortsteilbürgermeister

10.1 Begleitantrag Ortsteilbürgermeisterin Roter Berg

Punkt 1 – Kindergarten Bonhoefferstraße

Die Ortsteilbürgermeisterin vom Ortsteil Roter Berg, Frau Rothe, warb um Zustimmung ihres Antrages, welcher wichtig sei, weil das Kitasanierungsprogramm von 2019 das Objekt

in der Bonhoefferstraße bisher nicht berücksichtigt. Wegen des künftigen Zuwachses von Familien sei der Bedarf an Kitaplätzen ausgereizt und ein neuer Kindergarten dringend notwendig. Sie wies darauf hin, dass das vorgeschlagene Grundstück bereits der Landeshauptstadt Erfurt gehört, weswegen ein Grunderwerb wegfallen würde.

Der Punkt 1 wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 22 Enthaltung: 8 → damit abgelehnt

Der Punkt 2 – Errichtung und Inbetriebnahme einer Kindereinrichtung - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 24 Enthaltung: 6 → damit abgelehnt

Der Punkt 3 – finanzielle Mittel zur Errichtung einer Kita - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 24 Enthaltung: 4 → damit abgelehnt

Der Punkt 4 – Sanierungsplan - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 22 Enthaltung: 6 → damit abgelehnt

10.3 Begleit Antrag Ortsteilbürgermeister Bindersleben

Der Punkt 1 – Sanierung der Flughafenstraße - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 28 Enthaltung: 10 → damit abgelehnt

Der Punkt 2 – des Bürgerhauses - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 25 Enthaltung: 13 → damit abgelehnt

10.3 Begleit Antrag Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf

Der Antrag – Errichtung einer Leichtbauhalle - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 43 Nein: 0 Enthaltung: 2 → damit bestätigt

10.4 Begleit Antrag Ortsteilbürgermeister Rieth

Der Antrag Bau der 3. Schwimmhalle im Erfurter Norden - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 27 Enthaltung: 11 → damit abgelehnt

10.5 Begleitantrag Ortsteilbürgermeisterin Niedernissa

Die Punkte 1 und 2 – Winterradwegeverbindung - wurden gemeinsam wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 15 Enthaltung: 13 → damit bestätigt

Der Punkt 3 – Errichtung eines Bolz- bzw. Fußballplatzes - wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 20 Enthaltung: 8 → damit abgelehnt

10.6 Begleitantrag Ortsteilbürgermeister Egstedt – Komplexmaßnahme Bechstedter Straße mit Integration Löschwasserbehälter

Der Ortsteilbürgermeister von Egstedt erläuterte, dass der Ortsteilrat entsprechend seiner Möglichkeiten die Planungen vorangetrieben und sich an der Vorplanung beteiligt hat, wodurch der geordnete Arbeitsauftrag mit einer Summe von 125 TEUR erfolgen kann und warb um Zustimmung.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Ja: 21 Nein: 1 Enthaltung: 25 → damit bestätigt

11. Begleitanträge des Jugendhilfeausschusses lagen nicht vor.

12. Schlussabstimmung über die Drucksache 2132/21 – "Haushaltssatzung 2022/2023 und Haushaltsplan 2022/2023" mit den bestätigten Änderungen. Die Drucksache wurde wie folgt

mit Änderungen beschlossen Ja 31 Nein 17 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

01

Die Haushaltssatzung 2022/2023 und der Haushaltsplan 2022/2023 mit seinen Bestandteilen und Anlagen

- Gesamtplan
- Verwaltungshaushalt/Vermögenshaushalt
- Sammelnachweise
- Stellenplan
- Vorbericht
- Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
- Übersichten über den vorläufigen Stand der Schulden, der Rücklagen und der Übernahme von Ausfallbürgschaften
- Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Theater Erfurt, des Entwässerungsbetriebes, des Thüringer Zooparks, des Erfurter Sportbetriebes, der Multifunktionsarena und der Unternehmen

werden beschlossen.

02

Der Finanzplan und das Mehrjahresinvestitionsprogramm werden beschlossen.

03

Die Haushaltsgrundsätze zur Ausführung des Haushaltsplanes 2022/2023 werden beschlossen.

04 Kulturförderung stabilisieren

In den letzten Jahren hat die Verwaltung in ihren Entwürfen für den Haushalt wiederholt die Zuschüsse für Kulturvereine gekürzt. Die Mehrheit der Fraktionen hat sie in ihren Änderungsanträgen jedes Jahr wieder auf den ursprünglichen Ansatz gebracht. In der Regel handelt es sich dabei um Beträge im vierstelligen Bereich. Für die Aufstellung des Haushalts 2024 sollen deshalb für die folgenden Haushaltsstellen mindestens die Beträge der vorliegenden gemeinsamen Änderungsanträge zum Ansatz des Doppelhaushalts 2022/23 gebracht werden: alle Zuschüsse übrige Bereiche aus dem UA 30040 - Soziokultur und Kulturförderung sowie für die HHSt. 32110.58020 - Kunst im öffentlichen Raum.

05 Sauberkeit Innenstadt

Kleinere durch den Austausch (gemäß SPD-Änderungsantrag) freierwerdende Müllgefäße sind in anderen Teilen der Stadt zur Entlastung bspw. der Ortsteile oder der Hundewiesen aufzustellen.

06 Schwimmhalle

Im Wirtschaftsplan der SWE Bäder GmbH werden die notwendigen Planungsmittel für den Bau einer Schwimmhalle im Stadtteil Rieth bereitgestellt.

07 Sozialaufgaben-Benchmark

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat bis 30. November 2022 eine vergleichende Übersicht der Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben und deren Kosten in den Bereichen Soziales und Jugendhilfe vorzulegen. Als Vergleichsgröße sollen andere Städte der neuen Bundesländer mit ähnlicher Größe (Einwohnerzahl) herangezogen werden.

08 Kinder- und Jugendförderung für Sportvereine erhöhen

Der Stadtrat beschließt, die zusätzlichen Mittel für die Zuschüsse an Sportvereine gem. Sportförderrichtlinie Ziffer 3.5.3 anteilig an die förderberechtigten Erfurter Sportvereine auszuzahlen. Die nach Ausschöpfung der Maximalförderung für diesen Förderzweck nicht verwendeten Mittel sind für die Erhöhung der Übungsleiterförderung nach Ziff. 3.5.4 der Sportförderrichtlinie zu verwenden.

09 Wirtschaftsförderung

Der Oberbürgermeister wird gebeten in der Wirtschaftsförderung Erfurt, Bereich Citymanagement eine neue Stelle zu schaffen.

10 Sanierung Kleine Eishalle

Der Stadtrat bekennt sich zur Sanierung der Kleinen Eishalle und fordert den Oberbürgermeister auf, Fördermittel zu akquirieren.

Die im Zusammenhang mit der Einwerbung von Fördermittel notwendige Bereitstellung der städtischen Eigenmittel ist rechtzeitig über einen Nachtragshaushalt der Stadt zu sichern.

Dabei kann die Sicherung der städtischen Eigenmittel auch durch eine Kreditermächtigung für den ESB haushaltsrechtlich erfolgen, soweit dies die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt ermöglicht.

11 Organisationsuntersuchung Ausländerbehörde

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert durch Externe eine Organisationsuntersuchung in der Ausländerbehörde durchzuführen.

12 Bausteine Erfurter Baum. Schulen und Kitas

1. Das serielle/modulare Bauen ist auszuweiten und zum schnelleren Abbau des Sanierungsstaus bei Schulen und Kindertagesstätten einzusetzen.
2. Mit dem Fördermittelgeber ist die weitere Zulässigkeit von Generalunternehmer-Vergaben auch im Zusammenhang mit der Akquise von Fördermitteln zu verhandeln.
3. Zur Durchführung von Generalunternehmer (GU) und Funktional-Ausschreibungen wird vor Vergabe an den Auftragnehmer der Baubeschluss im zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klima und Verkehr eingeholt.
4. Es ist zu prüfen, inwiefern hierbei davon abgesehen werden kann, dass zu dieser Phase noch keine Leistungsphase (LP 3) der HOAI final vorgelegt werden kann, sofern hinreichende Studien und Kostenobergrenzen vorliegen.
5. Offene Stellen in den zuständigen Bereichen der Stadtverwaltung sind schnellstmöglich zu besetzen. Die Stellenbesetzungsverfahren sind prioritär zu begleiten. Dabei sind Ausschreibungskriterien und die Dauer der Besetzungsverfahren auf Zugänglichkeit und Effizienz auszurichten.

13 Entwicklung Modellprojekt Campus-Ost

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert ein Modellprojekt "Campus Ost" (gemäß SPD-Änderungsantrag) zu initiieren. Dabei sind folgende Schwerpunkte zu beachten:

Stärkung der Sozialen Infrastruktur in den wachsenden Stadtteilen

Im Erfurter Osten existieren bereits einige Akteure, die die soziale Infrastruktur abbilden. Dazu zählen die Thomas-Mann-Grund- und Regelschule (mit einem besonderen integrativen Ansatz), die Kita „Weltentdecker“, der Kindervereinigung Erfurt e.V. (Hoppla), das Jugendhaus Domizil der Erfurter Naturfreundejugend (Ort der Begegnung, Freizeit, Erholung und Bildung für Jugendliche der Krämpfervorstadt), der LAGUNE Erfurt e.V. (Bildung für nachhaltige Entwicklung, Naturerlebnis-, Naturerfahrungs- und Bildungsort), stationäre

Einrichtungen der Jugendhilfe der AWO AJS gGmbH, Kindertagesstätten von AWO und JUL gGmbH usw.

Diese Vereine und Einrichtungen bieten Kindern und Jugendlichen – einige von ihnen aus Familien mit geringer Kaufkraft und aus strukturell und finanziell schwachen Familien – Freizeitmöglichkeiten, Bildung, Vernetzung usw. Die Thomas-Mann-Grund- und Regelschule stellen den Nukleus für das Stadtgebiet dar. Mit der Gründung eines Campus Ost ist das Ziel verbunden, die Akteure der sozialen Infrastruktur stärker zu vernetzen. In der noch engeren Verzahnung von Schule und außerschulischen Angeboten kann durch Lernen am anderen Ort neue Erfahrungs- und Erlebnishorizonte für junge Menschen erschlossen werden.

Auf folgende Säulen baut der Campus Oststadt auf:

Stadtteil Lernwerkstatt

Diese bietet konkrete Förderangebote für die Schülerinnen und Schüler des Stadtteils nach der Schule an. Diese sollen in Kooperation mit den bestehenden Akteuren befördern und eine im Stadtteil verankerte Lernlandschaft initiieren. Das Konzept „Lernen am anderen Ort“ durchdringt zusätzlich die Bereiche frühkindlicher Bildung bis hin zur Hinführung in ein selbstorganisiertes, selbstbestimmtes Leben junger Menschen am Übertritt von Schule zum weiteren Werdegang.

Elterncafé

Dies ermöglicht das gegenseitige Lernen im Stadtteil. Es bietet für Eltern und weiteren Erziehungsberechtigten die Möglichkeit zum Austausch in lockerer Atmosphäre und immer auch zu speziellen Themen. So könnten bspw. Informationsveranstaltungen der Schulen, Kitas oder Elternvertretungen (z. B. zum Thema Cybermobbing) und Kindertagesstätten (z. B. zum Thema Lernentwicklung) am gemeinsam genutzten Ort selbst organisiert stattfinden. Um nachhaltige Lernerfolge zu erreichen, braucht es genau die Aktivierung und die Mitarbeit des engsten sozialen Umfeldes. Angebote sind niedrigschwellig zu gestalten und die Eltern und Erziehungsberechtigten in den Prozess einzubeziehen.

StadtteilentwicklungsWerkstatt

Es ermöglicht die direkte Mitwirkung bei Veränderungen der Bildungslandschaft im Stadtteil. Insbesondere sollen die Bedarfe der Menschen des Stadtteils bei der Entwicklung bestehender Bildungsangebote von der Krippe bis zur Schule weiterentwickelt werden. Ein besonderer Schwerpunkt ist die bedarfsgerechte Beteiligung bei der Planung des neuen Schulstandortes in der Greifswalder Straße. Diese Bedarfe sollen im Modellprojekt gebündelt und aufbereitet werden.

14 Sanierung Schwarzburger Straße

Die dringend notwendige Sanierung der Brücke Schwarzburger Straße ist bei frei werdenden Mitteln, bestehenden Fördermöglichkeiten oder der Bildung von Haushaltsausgaberesrest prioritär bei der Sanierung der Verkehrsinfrastruktur zu betrachten.

15 FFW Ilversgehoven

Der Neubau des Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Ilversgehoven beginnt bereits ab dem Jahr 2022 und wird 2024 fertiggestellt.

16 Verwendung Gebührenmehreinnahmen Musikschule

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Gesprächen mit den Honorarkräften der Musikschule zu ermitteln, welche Interessen und Bedarfe es durch diese für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis bei der Stadt Erfurt gibt.
2. Über das Ergebnis informiert der Oberbürgermeister den Stadtrat bis zum 30. Juni 2022.

17 Zuschüsse Sozial- und Kreativwirtschaft

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Benehmen mit dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung zu ermitteln, welche Bedarfe es im Bereich der Sozial- und Kreativwirtschaft für Projekte zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt gibt. Dabei soll auch ermittelt werden, durch welche städtischen Unterstützungsmaßnahmen weitere derartige Projekte umgesetzt werden können.
2. Über das Ergebnis informiert der Oberbürgermeister den Stadtrat bis zum 30. September 2022.

18 Anpassung Kosten der Unterkunft (KdU) und des Wohngeldes infolge steigender Heizkosten

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit infolge der gestiegenen Heizkosten die Angemessenheitsbestimmungen für die Kosten der Unterkunft (KdU) und für die Gewährung von Wohngeld angepasst werden können.

19 Sanierungsstau Prioritätenlisten Schulen, Kitas, Jugendhäuser

Neben den Schulen und den Kitas weisen auch die Jugendhäuser einen enormen Sanierungsstau auf. Um die anstehenden Sanierungen in Angriff nehmen zu können, soll möglichst bis Ende 2022 eine aussagekräftige Prioritätenliste, aufbauend auf der Drucksache 2343/16, und eine Kostenermittlung erstellt werden. Die Kostenermittlung soll auch auf das notwendige Personal eingehen und einen absehbaren Zeithorizont für die Sanierung aufzeigen. Die identifizierten Bedarfe werden in den Folgejahren bereits bei der Haushaltsaufstellung in den Haushalt aufgenommen.

20 Ausländerbehörde – Anmietung

Die Erfurter Ausländerbehörde mietet ab 2023 das Objekt Kaffeetrichter oder andere geeignete Räumlichkeiten an; für 2022 braucht es eine Zwischenlösung. Daneben beginnt das Personalamt sofort mit den Ausschreibungen für neue Personalstellen, so dass nach Genehmigung des Doppelhaushalts 2022/2023 und der dann sich auflösenden Raumproblematik, möglichst ohne Zeitverzug mit Neuanstellungen in diesem Bereich begonnen werden kann.

21 Analyse Projekt "Demokratie leben"

Sollte die Bestands- und Ressourcenanalyse des Projekts "Demokratie leben" zusätzliche Personalbedarfe aufzeigen, so wird anschließend um eine exakte Aufstellung der Bedarfe

inkl. Anzahl der zusätzlichen Personalstellen und um eine Aufgabenbeschreibung gebeten. Diese Ergebnisse sind dem Stadtrat als Beschlussfassung vorzulegen.

22 zus. Mittel Hilfen zur Erziehung –Cool-Projekt

Die zusätzlichen Mittel im Bereich 'Hilfe zur Erziehung' werden verwendet, um die Erweiterung der Kapazitäten des Cool-Projekts des KiKe. V. zu unterstützen.

23 Kleingarten

Der Stadtverband Erfurt der Kleingärtner e. V. führt jährlich ein Wettbewerb um den Titel „Beste Kleingartenanlage der Stadt Erfurt“ durch. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Erfurt benennt dem Stadtverband Erfurt der Kleingärtner e. V. eine Kontaktperson zur Begleitung und Betreuung des oben genannten Wettbewerbs. Die abschließende Auswertung und Auszeichnung sollte in einen angemessenen Rahmen im Rathaus stattfinden.

24 Finanzierungsoption Stadtbahnen EVAG

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Landeshauptstadt Erfurt über die Bemühung der Stadtwerke Erfurt hinaus die Finanzierung der 10 Stadtbahnen durch die Erfurter Verkehrsbetriebe AG aus Haushaltsmitteln unterstützen kann.
2. Dem zuständigen Ausschuss sind bis zum Ende Q3/2022 die Ergebnisse der Prüfung vorzulegen.

25 Flurerhaltung und Biodiversitätsmaßnahmen

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Landeshauptstadt Erfurt die Mittel zu Flurerhaltung- und Biodiversitätsmaßnahmen in den Ortsteilen nach einem Vergabeschlüssel nach Antragstellung gerecht verteilen kann.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen inwiefern hier ein Formular zur einfacheren Abwicklung vor Ort zum Einsatz kommen kann.

26 Hybrid-Konferenzsystem für Remote-Sitzungen

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob im Rathaus ein Beratungsraum dauerhaft hybrid nutzbar eingerichtet werden kann oder ob eine hybride mobile Ausstattung beschafft werden kann für Remote-Sitzungen.
2. Ein entsprechendes Nutzungskonzept für potentielle Nutzerinnen und Nutzer ist im Vorfeld zu erstellen und daraus die Kosten für die zu beschaffende technische Ausstattung zu kalkulieren.

27 Errichtung einer Leichtbauhalle

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass im Haushaltsplan 2022/2023 die Errichtung einer Leichtbauhalle für ein Feuerwehrfahrzeug in Azmannsdorf festgeschrieben wird. Hierzu sind mindestens 40.000,00 EUR einzuplanen.

28 Winterradwegeverbindung

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die zwischenörtliche Winterradwegeverbindung zwischen Urbicher Weg und Büßlebener Straße, welcher als einziger vorhandener Schulweg genutzt wird, in das nächste Konzept des Winterdienstes der Stadt Erfurt aufzunehmen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass im Haushaltsplan 2023/2024 die Durchführung des Winterdienstes für diesen Streckenabschnitt in den Haushaltsplan ab 2024 die entsprechenden finanziellen Mittel eingeplant werden.

29 Komplexmaßnahme Bechstedter Straße mit Integration Löschwasserbehälter

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das komplexe Bauvorhaben „Bechstedter Straße Egstedt“ (63000.95645) mit Integration des für den Ortsteil notwendigen Löschwasserbehälters bis einschließlich der Ausführungsplanung verwaltungsintern in 2022 zu erarbeiten. Darüber hinaus sind die notwendigen Eigenmittel in den Nachtragshaushalt 2023 einzusteuern. Die zu erwartenden Zuweisungen vom Land (63000.36145) sind umgehend in 2022 zu beantragen. Ein erster Bauabschnitt wird bereits in 2022 mit dem Löschwasserbehälter und dessen eingeplante Mittel (13000.94016) eröffnet.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1a und 1b beigelegt.)

Nach der Beschlussfassung kündigte Frau Pelke an, die Tagesordnung, welche Wahlen betreffen (9.12 und 9.14) nun vorzuziehen und nach diesem Punkt zu behandeln.

- | | | |
|--------|---|---------|
| 8.1.1. | Anpassung der Struktur der Unterabschnitte für ausgewählte Ämter ab dem HH-Jahr 2022 | 2104/21 |
|--------|---|---------|

zur Kenntnis genommen

- | | | |
|--------|---|---------|
| 8.1.2. | 1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2132/21 - Haushaltssatzung 2022/2023 und Haushaltsplan 2022/2023 | 2464/21 |
|--------|---|---------|

bestätigt Ja 38 Nein 0 Enthaltung 10 Befangen 0

- | | | |
|--------|---|---------|
| 8.1.3. | 2. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2132/21 - Haushaltssatzung 2022/23 und Haushaltsplan 2022/23 | 0156/22 |
|--------|---|---------|

bestätigt Ja 36 Nein 0 Enthaltung 12 Befangen 0

- | | | |
|--------|---|---------|
| 8.1.4. | Stellungnahmen der Verwaltung zu Änderungs- und Begleitträgen zur Drucksache 2132/21 - Haushaltssatzung 2022/2023 und Haushaltsplan 2022/2023 | 0295/22 |
|--------|---|---------|

bestätigt mit Änderungen

9. Entscheidungsvorlagen

- 9.1. Einfacher Bebauungsplan ALT609 Barfüßerstraße / Tauschengasse - Abwägungs- und Satzungsbeschluss 0410/21
Einr.: Oberbürgermeister

Siehe Tagesordnungspunkt 3.
vertagt

- 9.2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV732 "Wohn- und Geschäftshaus Magdeburger Allee 59"; Abwägungs- und Satzungsbeschluss 1449/21
Einr.: Oberbürgermeister

Die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, informierte darüber, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr die Drucksache am 08.02.2022 bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 3 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

01

Die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 5) ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 88 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses jeweils gültigen Fassung, wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan ANV732 „Wohn- und Geschäftshaus Magdeburger Allee 59“, bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2) mit den textlichen Festsetzungen in seiner Fassung vom 27.11.2021 und dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3) als Satzung beschlossen.

(red. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 2a bis 2d beigefügt.)

- 9.3. **Bebauungsplan BUE219 "Übern Krautländern, Rudolstädter Straße, Dorfgebiet und öffentliche Einrichtung"; 2. Änderung - Einleitung des Änderungsverfahrens zur Steuerung und Sicherung des Einzelhandels** 1 645/21
Einr.: Oberbürgermeister

Frau Pelke, stellv. Stadtratsvorsitzende, informierte darüber, die Drucksache am 18.01.2022 durch den Ortsteilrat Urbich bestätigt (Ja 3 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0) und durch Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 08.02.2022 bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 3 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 44 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

01

Der rechtsverbindliche Bebauungsplan BUE219 "Übern Krautländern, Rudolstädter Straße, Dorfgebiet und öffentliche Einrichtung" soll geändert werden.

Der Geltungsbereich der 2. Änderung wird entsprechend den zeichnerischen Festsetzungen gemäß Anlage 1 begrenzt.

Mit der 2. Änderung des Bebauungsplanes werden folgende Planungsziele angestrebt:

- **Sicherung der Entwicklungsfähigkeit der wohnort- und somit der verbrauchernahen Versorgung in Urbich sowie in den benachbarten Ortsteilen Dittelstedt, Büßleben und Niedernissa;**
- **Ausschluss der Neuansiedlung von Einzelhandelsbetrieben mit nahversorgungsrelevanten und sonstigen zentrenrelevanten Kernsortimenten im bestehenden Bebauungsplan BUE219 "Übern Krautländern, Rudolstädter Straße, Dorfgebiet und öffentliche Einrichtung";**
- **Herstellung des Baurechts eines Einzelhandelsbetriebes mit nahversorgungsrelevanten Kernsortimenten über einen gesonderten vorhabenbezogenen Bebauungsplan;**
- **Beschränkung der Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben mit nahversorgungsrelevanten Kernsortimenten in einem gesonderten vorhabenbezogenen Bebauungsplan auf solche Betriebe, die der Nah- und/ oder Gebietsversorgung dienen und die keine negativen Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche haben;**
- **Bewertung des Vorliegens dieser Anforderungen nach dem "Grundsatz 1: Steuerung von Einzelhandel mit nahversorgungsrelevanten Kernsortimenten" gemäß Seite 133-137 des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes 2017 der Landeshauptstadt Erfurt.**

02

Das Verfahren wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 3 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB verzichtet.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.)

9.4. 3. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb 2381/21
Einr.: Oberbürgermeister

Der Tagesordnungspunkt wurde, wie unter Tagesordnungspunkt 3 vereinbart, gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 9.8 beraten und getrennt abgestimmt.

Zunächst gab Frau Pelke, stellv. Stadtratsvorsitzende, Informationen zum Tagesordnungspunkt 9.4 bekannt. Hierbei lag ein Antrag der Fraktionen CDU, SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER / PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt in Drucksache 0273/22 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen neuen Beschlusspunkt 02. Der Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb bestätigte mit Änderungen (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0) die Drucksache am 09.02.2022 in Fassung des mündlich vorgetragenen Änderungsantrages.

Die Stellungnahmen der Verwaltung zum Änderungsantrag in Drucksache 0273/22 und zur Festlegung in Drucksache 0250/22 aus der nicht öffentlichen Sitzung Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb vom 09.02.2022 lagen den Stadtratsmitgliedern vor.

Es folgten von Frau Pelke die Information zum Tagesordnungspunkt 9.8, dass der Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb die Drucksache am 09.02.2022 bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0) hat.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, bedankte sich beim ehemaligen 2. Werkleiter des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb für dessen Einsatz und die vertrauensvolle Zusammenarbeit als zweiter Werkleiter des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb. Zur Frage, ob man einen oder zwei Werkleiter benötigt, verwies er auf die unterschiedlichen Verfahrensweisen bei den städtischen Eigenbetrieben. Statt eines weiteren Werkleiters soll man den Vertreter für etwaige Mehrarbeit entsprechend entlohnen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, weswegen Frau Pelke zunächst zu den Abstimmungen unter dem Tagesordnungspunkt 9.4 kam.

Als Erstes ließ Frau Pelke über den Antrag der Fraktionen CDU, SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER / PIRATEN und Mehrwertstadt Erfurt in Drucksache 0273/22, welche die Ursprungsdrucksache um einen neuen Beschlusspunkt 02 ergänzte, abstimmen.

Abstimmergebnis

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Befangen:	0

Der Antrag wurde bestätigt. Es folgte die Abstimmung über die Drucksache 2381/21 mit der Änderung aus dem soeben bestätigten Änderungsantrag.

Abstimmergebnis

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Befangen:	0

Die Drucksache wurde somit mit Änderungen beschlossen.

Abschließend ließ Frau Pelke über die Drucksache 0119/22 des Tagesordnungspunktes 9.8 abstimmen.

Abstimmergebnis

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0
Befangen:	0

Die Drucksache wurde somit beschlossen.

mit Änderungen beschlossen Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die 3. Änderungssatzung der Eigenbetriebsatzung des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Eingruppierung der neuen stellvertretenden Werkleiter des Erfurter Sportbetriebs entsprechend ihrer neuen Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Rahmen des geltenden Tarifvertrags sicherzustellen.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.)

**9.4.1. Antrag der Fraktionen CDU, SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 0273/22
90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN und
Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 2381/21 - 3. Änderungssatzung der Eigenbetriebsatzung des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb**

bestätigt Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 9.4.2. Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung WA- 0250/22
Erfurter Sportbetrieb vom 09.02.2022 zum TOP 4.1 - Zu-
arbeit zur Drucksache 2381/21 - 3. Änderungssatzung der
Eigenbetriebsatzung des Eigenbetriebes Erfurter Sport-
betrieb

zur Kenntnis genommen

- 9.5. Änderung Bezeichnung Kindertageseinrichtungen (Kita) 2423/21
durch Kindergarten (ThürKigaG)
Einr.: Fraktion CDU

Die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, informierte darüber, dass ein Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 0164/22 vorlag. Der Jugendhilfeausschuss hat die Drucksache am 10.02.2022 mit Änderungen in Fassung des Änderungsantrages bestätigt (Ja 6 Nein 5 Enthaltung 4 Befangen 0). Eine Abstimmung über die Ursprungsdrucksache wurde dadurch obsolet.

Die Stellungnahmen der Verwaltung lagen den Stadtratsmitgliedern vor.

Frau Fischer, Fraktion CDU, erinnerte daran, dass Friedrich Fröbel dieses Jahr 240 Jahre alt werden würde und dieser im Jahr 1840 in Bad Blankenburg den ersten Kindergarten gründete. Der Begriff „Kindergarten“ ginge seitdem um die ganze Welt, nur wir Deutschen würden viel zu häufig „Kita“ dazu sagen. Sie verwies auf die jüngste Änderung des Thüringer Kindergartengesetzes durch die Rot-Rot-Grüne Landesregierung. Sie äußerte ihre Enttäuschung über den bestehenden Änderungsantrag der Rot-Rot-Grünen Fraktionen im Erfurter Stadtrat, welcher komplett an der ursprünglichen Zielsetzung ihrer Fraktion vorbei ging.

Herr Mroß, Fraktion SPD und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, war verwundert über die widersprüchliche Aussage von Frau Fischer, sich für den Antrag der Rot-Rot-Grünen Landesregierung, aber gegen den der Rot-Rot-Grünen Stadtratsfraktionen auszusprechen. Er erinnerte daran, dass die Ursprungsdrucksache am 13.01.2022 bereits durch die Mehrheit des Jugendhilfeausschusses abgelehnt wurde, weswegen als guter Wille der Änderungsantrag entstand, welcher seiner Auffassung nach von der Fraktion CDU missverstanden wird. Nach seiner Ansicht sei der Antrag überflüssig und oberflächlich, er hat keinen Mehrwert und steht in keiner Relation zu Kosten und Aufwand. Er bemängelt, dass durch die Drucksache sich nichts für die Kinder oder Eltern ändert, da keine neuen Kita-Plätze geschaffen oder bestehende saniert werden und auch keine weiteren Erzieher/-innen eingestellt werden. Es ginge lediglich darum ob eine Einrichtung in einer Verwaltungsdrucksache "Kita" oder "Kiga" heißt. Er verwies darauf, dass es im neuen ThürKigaG eine Änderung gegeben hat, jedoch nicht in der Begriffsbestimmung der Rechtskörper, diese seien nach § 1 ThürKigaG gleich geblieben. Es wurde lediglich der Begriff Kita definiert und ein zusätzlicher Artikel geschaffen, welcher ein Namenswahlrecht für die Einrichtungen ermöglicht. Dieser Antrag wurde auf Landesebene von der CDU-Fraktion abgelehnt. Sollte eine Einrichtung Herrn Fröbel zugewandt sein, so sollte sie selbst darüber entscheiden dürfen, ihre Einrichtung entsprechend umzubenennen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, ließ Frau Pelke über den Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Drucksache 0164/22 abstimmen, welcher die Beschlussvorlage ersetzte.

Abstimmergebnis

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	17
Enthaltung:	1
Befangen:	0

Der Antrag wurde bestätigt. Da dieser Antrag den Beschlussvorschlag der Ursprungsdrucksache ersetzte, war eine Abstimmung über die Ursprungsdrucksache obsolet.

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 17 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kindertageseinrichtungen in ihrer Trägerschaft auf die Möglichkeit des Namenswahlrechts (§ 15a ThürKigaG) hinzuweisen. Im Zuge eines demokratischen Beteiligungsprozesses in den Einrichtungen kann hierzu eine individuelle Entscheidung getroffen werden.

9.5.1. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 0164/22
 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2423/21 - Änderung Be-
 zeichnung Kindertageseinrichtungen (Kita) durch Kin-
 dergarten (ThürKigaG)

bestätigt Ja 27 Nein 17 Enthaltung 1 Befangen 0

9.6. Deutscher Fürsorgetag 2025 2461/21
 Einr.: Oberbürgermeister

Frau Pelke, stellv. Stadtratsvorsitzende, informierte darüber, dass der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung die Drucksache am 24.02.2022 bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0) hat.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 3 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 35 Nein 6 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss

01

Die Durchführung des Deutschen Fürsorgetages im September 2025 in Erfurt wird vorbehaltlich der haushalterischen Mittelbereitstellung beschlossen.

02

Gemeinsam mit dem Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familien und Frauen wird eine entsprechende Einladung an den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. ausgesprochen.

- 9.7. Berufung des Wahlleiters und stellvertretenden Wahlleiters der Landeshauptstadt Erfurt für die Ortsteilbürgermeisterwahlen 2022 0106/22
Einr.: Oberbürgermeister

Frau Pelke, stellv. Stadtratsvorsitzende, informierte darüber, dass die Drucksache am 08.03.2022 im Hauptausschuss bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) wurde.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 3 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat beschließt mit sofortiger Wirkung die Berufung des Leiters der Abteilung Statistik und Wahlen im Personal- und Organisationsamt, Herrn Norman Bulenda, zum Wahlleiter und die Hauptsachbearbeiterin in der Abteilung Statistik und Wahlen im Personal- und Organisationsamt, Frau Melanie Keiner, zur stellvertretenden Wahlleiterin für die Ortsteilbürgermeisterwahl in den Ortsteilen Waltersleben und Berliner Platz in der Landeshauptstadt Erfurt.

- 9.8. Bestellung der stellvertretenden Werkleiter des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb 0119/22
Einr.: Oberbürgermeister

Siehe Tagesordnungspunkt 9.4.

beschlossen Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Mit Inkrafttreten der 3. Änderungssatzung der Eigenbetriebsatzung des Erfurter Sportbetriebes werden Herr Kai Martin zum ersten stellvertretenden Werkleiter und Herr Thomas Gentzel zum zweiten stellvertretenden Werkleiter bestellt.

9.9. Anschluss schaffen - W-LAN für alle Schulen
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

0121/22

Die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, informierte darüber, dass der Ausschuss für Bildung und Kultur die Drucksache am 01.02.2022 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) hat.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, erläuterte den Antrag seiner Fraktion, ging auf den prozentualen W-LAN-Anteil in Schulräumen ein und verdeutlichte die Wichtigkeit der Transparenz bei deren weiteren Entwicklung.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, gab die Zustimmung seiner Fraktion bekannt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, sodass Frau Pelke über die Drucksache abstimmen ließ.

beschlossen Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Stadtverwaltung erstellt bis zum Ende des 2. Quartals 2022 eine Prioritätenliste zur Digitalisierung der Erfurter Schulen. Ziel ist die flächendeckende Ermöglichung der Nutzung von W-LAN in sämtlichen Unterrichtsräumen. Die Prioritätenliste ist dem Stadtrat öffentlich zur Verfügung zu stellen.

02

Parallel dazu erstellt die Stadtverwaltung bis zum Ende des 2. Quartals 2022 einen Zeitplan, wie die Prioritätenliste zeitlich unabhängig von sonstigen notwendigen Maßnahmen im Zuge der Schulsanierung abgearbeitet wird. Der Zeitplan wird ebenfalls öffentlich gemacht.

03

Die Stadtverwaltung unterrichtet den zuständigen Ausschuss halbjährlich über die Fortschritte der Umsetzung.

9.10. Änderung der mittelfristigen Bedarfsermittlung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege bis 2025 (Drucksache 2516/18) 0260/22
Einr.: Jugendhilfeausschuss

Frau Pelke, stellv. Stadtratsvorsitzende, informierte darüber, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Stadtratsmitgliedern vorlag.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 3 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage befindliche Änderung der mittelfristigen Bedarfsermittlung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege bis 2025.

(red. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.)

9.11. Neubesetzung der Ausschüsse des Erfurter Stadtrates 0304/22
Einr.: Fraktion AfD

Die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, informierte darüber, dass ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0377/22 vorlag, welche den Beschlussvorschlag der Ursprungsdrucksache ersetzte.

Der Hauptausschuss hat die Drucksache am 08.03.2022 bestätigt (Ja 3 Nein 2 Enthaltung 5 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 3 erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache in Fassung des Antrags der Fraktion AfD in Drucksache 0377/22 ohne Diskussion.

mit Änderungen beschlossen Ja 13 Nein 12 Enthaltung 10 Befangen 0

Beschluss

Als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung und aller Werkausschüsse wird Herr Stefan Ziemer beschlossen.

Als 1. Stellvertreterin wird Frau Corinna Herold benannt.

Als 2. Stellvertreter wird Herr Sascha Schlösser benannt.

Als 3. Stellvertreter wird Herr Marek Erfurth benannt und

als 4. Stellvertreter wird Herr Mario Czypionka benannt.

9.11.1. **Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0304/22 - Neubesetzung der Ausschüsse des Erfurter Stadtrates** 0377/22

bestätigt

9.12. **Neubesetzung als Mitglied des Jugendhilfeausschusses** 0305/22
Einr.: Fraktion AfD

Die Wahlgänge der Tagesordnungspunkte 9.12 und 9.14 wurden gemeinsam nach der Behandlung des Tagesordnungspunktes 8.1 und vor einer Belüftungspause durchgeführt.

Zunächst stellte die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, fest, dass zum Zeitpunkt der Wahlen 45 Stadtratsmitglieder anwesend waren.

Frau Pelke informierte über den Tagesordnungspunkt 9.12, dass ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 0378/22 vorlag. Dieser ergänzte den Beschlusspunkt 01 der Ursprungsdrucksache. Der Hauptausschuss hat die Drucksache am 08.03.2022 abgelehnt (Ja 3 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0.)

Weiterhin informierte Frau Pelke, dass jedes Mitglied des Stadtrates zur Wahl des neuen Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses und der Stellvertretung zwei Stimmen hatte und gewählt war, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat (§ 39 Abs. 2 ThürKO).

Anschließend informierte Frau Pelke über den Tagesordnungspunkt 9.14, dass ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. in Drucksache 0382/22 vorlag. Dieser änderte den Titel der Ursprungsdrucksache und ergänzte diesen um einen Beschlusspunkt 07. Der Beschlusspunkt 07 musste hier losgelöst als Wahl durchgeführt werden. Der Hauptausschuss hat die Drucksache am 08.03.2022 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Jedes Mitglied des Stadtrates hatte zur Wahl des Mitgliedes in die Planungsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft eine Stimme.

Gewählt war, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat (§ 39 Abs. 2 ThürKO).

Auf Grund der Pandemiebestimmungen wurden die Mitglieder des Stadtrates einzeln zu den Wahlen aufgerufen, zunächst die Mitglieder der Wahlkommission.

Zunächst rief sie die Mitglieder der Wahlkommission, nacheinander und anschließend alle übrigen Mitglieder, der Sitzreihen entsprechend, einzeln, zur Stimmabgabe in die Wahlkabine auf. Anschließend fragte die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, ob noch jemand seine Stimmen nicht abgegeben hat, was nicht der Fall war, weswegen sie ankündigte den Wahlgang nach Abgabe ihrer Stimme zu schließen und sich zur Abstimmung begab.

Im Anschluss wurde eine 10-minütige Belüftungspause durchgeführt.

Nach der Pause verkündete Herr Vogt, Stadtratsreferent, die Wahlergebnisse wie folgt:

Abstimmungsergebnis 1. Wahlgang der Drucksache 0305/22 in Fassung des Antrags der Fraktion AfD in Drucksache 0378/22

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	45
erforderliche Mehrheit:	23
Stimmen für Herr Stefan Ziemer:	16
ungültige Stimmen:	29

Damit wurde die erforderliche Mehrheit nicht erreicht und Herr Stefan Ziemer folglich nicht gewählt.

Abstimmungsergebnis 1. Wahlgang der Drucksache 0305/22 in Fassung des Antrags der Fraktion AfD in Drucksache 0378/22

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	45
erforderliche Mehrheit:	23
Stimmen für Herr Mario Czypionka:	14
ungültige Stimmen:	31

Damit wurde die erforderliche Mehrheit nicht erreicht und Herr Mario Czypionka folglich nicht gewählt.

Abstimmungsergebnis 1. Wahlgang der Drucksache 0308/22 in Fassung des Antrags der Fraktion DIE LINKE. in Drucksache 0382/22

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	45
erforderliche Mehrheit:	23
Stimmen für Frau Karin Landherr:	37
ungültige Stimmen:	8

Damit wurde die erforderliche Mehrheit erreicht und Frau Karin Landherr folglich gewählt.

Da für die Wahl unter Tagesordnungspunkt 9.12 keine Mehrheit an gültigen Stimmen zustande kam, fragte die stellv. Stadtratsvorsitzende ob ein Antrag auf Abbruch der Wahl gestellt wird.

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, stellte den Antrag auf Abbruch der Wahl.

Frau Pelke ließ daher über den Abbruch der Wahl abstimmen.

Abstimmungsergebnis Abbruch Wahlgang zum Tagesordnungspunkte 9.12 (Drucksache 0305/22 (Fassung 0378/22))

Ja Stimmen: 37
Nein Stimmen: 8
Enthaltungen: 0

Der Wahlgang zur Drucksache 0305/22 in Fassung des Antrags der Fraktion AfD in Drucksache 0378/22 wurde somit abgebrochen.

Herr Schlösser, Fraktion AfD, erklärte abschließend sein Abstimmverhalten damit, dass eine demokratische Fraktion gegen einen Abbruch der Wahl gestimmt hätte.

abgelehnt

9.12.1. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0305/22 - Neubesetzung als Mitglied des Jugendhilfeausschusses 0378/22

abgelehnt

9.13. Neubesetzung als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH 0306/22
Einr.: Fraktion AfD

Die stellv. Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, informierte darüber, dass ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 03779/22 vorlag, welche den Beschlussvorschlag der Ursprungsdrucksache ersetzte.

Der Hauptausschuss hat die Drucksache am 08.03.2022 abgelehnt (Ja 3 Nein 3 Enthaltung 3 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 3 erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache in Fassung des Antrags der Fraktion AfD in Drucksache 0379/22 ohne Diskussion.

abgelehnt Ja 12 Nein 17 Enthaltung 6 Befangen 0

9.13.1. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0306/22 - Neubesetzung als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH 0379/22

abgelehnt

9.14. Neubesetzungen Aufsichtsratsmitglied und Ausschüsse 0308/22
im Erfurter Stadtrat
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte nach dem Tagesordnungspunkt 9.2 Bezüglich des Wahlgangs zum Tagesordnungspunkt und den Antrag in Drucksache 0382/22 siehe Erläuterungen unter dem Tagesordnungspunkt 9.12.

Wortmeldungen gab es keine, sodass Frau Pelke über die Drucksache 0308/22 in Fassung des Antrages 0382/22 abstimmen ließ.

beschlossen Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Titel neu

Neubesetzungen Aufsichtsratsmitglied und Ausschüsse im Erfurter Stadtrat und Änderung eines Mitgliedes der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelthüringen

Beschluss

01

Frau Sarah Schwarz wird als Mitglied in den Aufsichtsrat der Erfurter Tourismus und Marketing GmbH entsandt.

02

Die Besetzung für die Fraktion DIE LINKE im Ausschuss Bildung und Kultur wird wie folgt geändert:

Mitglied Frau Sarah Schwarz

- 1. Stellvertreter: Herr Torsten Kamieth**
- 2. Stellvertreter: Herr André Blechschmidt**

03

Die Besetzungen für die Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wird wie folgt geändert:

Mitglied Frau Luise Schönemann

- 1. Stellvertreter Frau Katja Maurer**
- 2. Stellvertreter Frau Sarah Schwarz**

04

Die Besetzungen für die Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird wie folgt geändert:

Mitglied Frau Dr. Barbara Glaß

1. Stellvertreter Herr André Blechschmidt
2. Stellvertreter Frau Sarah Schwarz

05

Die Besetzungen für die Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird wie folgt geändert:

Mitglied Herr Torsten Kamieth

1. Stellvertreter Frau Sarah Schwarz
2. Stellvertreter Frau Dr. Barbara Glaß

06

Die Besetzungen für die Fraktion DIE LINKE im Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt wird wie folgt geändert:

Mitglied Herr Luise Schönemann

1. Stellvertreter Frau Katja Maurer
2. Stellvertreter Frau Sarah Schwarz

07

Der Stadtrat wählt das nachfolgend benannte Stadtratsmitglied als Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied in die Planungsversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelthüringen für die Fraktion DIE LINKE:

Mitglied
Frau Karin Landherr

stellvertretendes Mitglied
N.N.

9.14.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0308/22 - 0382/22
Neubesetzungen Aufsichtsratsmitglied und Ausschüsse
im Erfurter Stadtrat

Siehe Tagesordnungspunkt 9.12.
gewählt

10. Informationen

Informationen lagen keine vor, sodass Frau Pelke, stellv. Stadtratsvorsitzende, den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung beendete und eine kurze Unterbrechung zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit anordnete.

gez. Frau Pelke
stellv. Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer